

ANTRAGSBUCH

49. Ordentlicher Landesparteitag
der FDP Sachsen

Landesparteitag

Sonnabend, 3. November 2018

„Park Arena“ in Neukieritzsch

**Freie
Demokraten**
FDP SACHSEN

FDP Sachsen . Radeberger Str. 51 . 01099 Dresden

An die Delegierten zum
49. Landesparteitag der FDP Sachsen

Dresden, im Oktober 2018

Antragsbuch zum 49. Landesparteitag der FDP Sachsen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Delegierte,

hiermit erhalten Sie das Antragsbuch für den 49. Landesparteitag der FDP Sachsen, der am **3. November 2018 in der Park Arena in Neukieritzsch** stattfinden wird.

Auf unserem Landesparteitag werden wir uns unter anderem mit dem Thema Landesentwicklung beschäftigen - mit besonderem Fokus auf die Perspektiven für den ländlichen Raum. Sachsen kann als Land nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn es bei allen natürlichen Unterschieden eine hohe Lebensqualität in Stadt und Land ermöglicht. Der Leitantrag des Landesvorstandes trägt daher den Titel „Neue Chancen für den ländlichen Raum – Landesentwicklung neu denken“. Die Antragsdiskussion dient damit auch der Vorbereitung von Landtagswahlprogramm und Kommunalwahl im kommenden Jahr. Für das entscheidende Wahljahr 2019 wollen und müssen wir uns inhaltlich optimal aufstellen.

Ein ganz herzliches Dankeschön geht an alle Antragsteller, die mit ihren Anträgen zur Programmarbeit auf dem bevorstehenden Parteitag beitragen. Das Antragsbuch umfasst insgesamt zehn Anträge.

Sollten Sie Änderungsanträge zu den vorliegenden Anträgen oder Dringlichkeitsanträge einreichen wollen, senden Sie uns diese bitte als Word-Dokument per E-Mail bis spätestens **31. Oktober 2018** an landesparteitag@fdp-sachsen.de und bringen diese sicherheitshalber auch auf einem USB-Stick zum Landesparteitag mit. Hinweis: Nach dem 31. Oktober 2018 können Änderungs- bzw. Dringlichkeitsanträge ausschließlich per USB-Stick zum Landesparteitag vor Ort eingereicht werden.

Alle Informationen und Dokumente rund um den Parteitag finden Sie auch im Internet unter <https://www.fdp-sachsen.de/49-ordentlicher-landesparteitag-in-neukieritzsch/>.

Gern möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass unser Landesparteitag allen Mitgliedern, Interessenten und Gästen offensteht. Lediglich das Rede- und Stimmrecht bleibt, sofern es der Landesparteitag nicht anders entscheidet, den Delegierten vorbehalten.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und staufreie Anreise!

Viele Grüße



Ihr Torsten Herbst
Generalsekretär

Hinweis: Das Antragsbuch ist Bestandteil Ihrer Tagungsunterlagen - bitte zum Landesparteitag mitbringen!

**Freie Demokratische Partei (FDP)
Landesverband Sachsen**

Liberales Haus

Radeberger Straße 51 . Preußisches Viertel . D-01099 Dresden

Tel. 0351/65 57 65-0 . Fax 0351/65 57 65-1

info@fdp-sachsen.de . www.fdp-sachsen.de . www.facebook.com/FDP.Sachsen

Bankverbindung / Spendenkonto: IBAN DE03 8707 0024 0536 3601 00 . BIC DEUTDE33HAN . Deutsche Bank

SATZUNGSÄNDERUNGSANTRÄGE					
Nr.	Thema	Antragsteller	angenommen	abgelehnt	verwiesen
1	Anpassung der Beitragsstaffelung	Landesvorstand			
2	Einladung in elektronischer Form	Landesvorstand			
SACHANTRÄGE					
1	Leitantrag: Neue Chancen für den ländlichen Raum – Landesentwicklung neu denken	Landesvorstand			
2	Für eine Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge - selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen	Kreisverband Zwickau			
3	Finanzielle Ausstattung der Kreisverbände zur Intensivierung der Kommunalwahlkämpfe 2019	Lothar Brandau, Christian Epperlein, Bernd Franke, Dirk Jahn, Petra Ledig, Thomas Richter, Peter Weinholtz			

4	Optimierung der Berufsfindung durch Einführung eines Freien Ausbildungsjahres zur beruflichen Orientierung	LFA Soziales			
5	Für die Wirtschaftsmacht von nebenan – Ausbildungspolitik reformieren	Jungliberale Aktion Sachsen			
6	Freiheit und Sicherheit gehören zusammen - Für ein liberales Polizeigesetz	Hai Bui, Benjamin Lange, Judith Münch, Maximilian König, Philipp Hartewig			
7	Freiheit braucht Verantwortung – Leitlinien einer liberalen Nachhaltigkeitspolitik	Hai Bui, Benjamin Lange, Judith Münch, Maximilian König, Philipp Hartewig			
8	Den Funken überspringen lassen - Wissens- und Technologietransfer langfristig sichern	LFA Wissenschaft, Hochschule, Innovation			
9	Freie Technik für freie Forscher - Sachsens Modernisierer unterstützen	LFA Wissenschaft, Hochschule, Innovation			
10	Für eine neue politische Kultur des Respekts – Klare Haltung in herausfordernden Zeiten	Landesvorstand			

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag SÄ001

Betr.: Anpassung der Beitragsstaffelung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

1 Ersetze in der Finanz- und Beitragsordnung unter **III. Beitragsordnung, § 8, Absatz (2)** die
2 Beitragsstaffelung

3 „Nach folgender EURO-Einkommensstaffel sind monatlich mindestens zu entrichten:

	Bruttoeinkünfte monatlich	Mindestbeitrag monatlich
4		
5	A bis 2.600 EURO	8,00 EURO
6	B 2.601 bis 3.600 EURO	12,00 EURO
7	C 3.601 bis 4.600 EURO	18.00 EURO
8	D über 4.600 EURO	24,00 EURO“

9

10 durch

11 „Für den monatlich zu entrichtenden Mindestbeitrag gilt die Beitragsstaffelung in der
12 Bundessatzung unter III. Beitragsordnung, § 8 – Beiträge, Abs. 2.“

13

14

Begründung:

Nach der Änderung der Bundessatzung mit der Anpassung des Mindestmitgliedsbeitrages auf dem Landesparteitag am 12./13. Mai 2018 muss auch die Landessatzung der FDP Sachsen angepasst werden. Die konkreten Festlegungen der Bundessatzung/Beitragsordnung zum Mindestbeitrag sind rechtlich bindend und entsprechend auch in den Landessatzungen zu verankern. Der Mindestbeitrag beträgt ab 01.01.2019 pro Mitglied und Monat 10,00 Euro. Die Einkommensstaffel wurde ebenfalls angepasst.

Die Änderung in der Landessatzung enthält künftig einen Verweis auf die Beitragsstaffelung in der Bundessatzung unter III. Beitragsordnung § 8 – Beiträge, Abs. 2, wird aber in Form einer Fußnote in unsere Satzung redaktionell übernommen:

* Nach folgender EURO-Einkommensstaffel sind monatlich mindestens zu entrichten:

	Bruttoeinkünfte monatlich	Mindestbeitrag monatlich
A	bis 2.400 EURO	10,00 EURO
B	2.401 bis 3.600 EURO	12,00 EURO
C	3.601 bis 4.800 EURO	18.00 EURO
D	über 4.800 EURO	24,00 EURO

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag SÄ002

Betr.: Einladung in elektronischer Form

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

1 Ersetze in der Landessatzung **§ 17 Geschäftsordnung des Landesparteitages, Abs. (3)**

2 „Als Schriftform gilt auch die Übersendung der Einladung in elektronischer Form (E-Mail,
3 Telefax), wenn das Mitglied in der Geschäftsstelle des Landesverbandes seine schriftliche
4 Einwilligung hinterlegt hat, in welcher Empfangsart, unter welcher Adresse und / oder an
5 welchen Empfangsapparat Einladungen an das Mitglied versandt werden können.“
6

7 durch

8 „Die Schriftform der Einladung kann ersetzt werden durch Übersendung in elektronischer
9 Form (E-Mail oder Fax), solange das Mitglied diesem Vorgehen nicht widersprochen hat.
10 Widersprüche sind in der zentralen Mitgliederdatei zu vermerken.“
11

Begründung:

Auf dem Bundesparteitag am 12./13. Mai 2018 wurde die Bundessatzung in Bezug auf die elektronische Einladung für Organe der Partei geändert. Nun ist es möglich, Einladungen für z.B. Parteitage per eMail zu versenden. Sowohl Kommunikationsgepflogenheiten und Rechtslage haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. So gehen die Gerichte inzwischen davon aus, dass eine Satzung, welche die schriftliche Einladung vorsieht, auch die „telekommunikative Übermittlung“ (Telefax, E-Mail) erlaubt – „soweit nicht ein anderer Wille anzunehmen ist“ (vgl. § 127 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch). § 17 Abs. 3 der Landessatzung mit seinem Einwilligungserfordernis bringt einen solchen „anderen Willen“ zum Ausdruck, so dass die geänderte Rechtslage der FDP und ihren Gliederungen nicht zu Gute kommt. Die vorgeschlagene Änderung nutzt die rechtlichen Freiräume. Mit der Möglichkeit des Widerspruchs können Mitglieder aber auch weiterhin Einladungen per Brief erhalten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag L001

Betr.: Neue Chancen für den ländlichen Raum – Landesentwicklung neu denken

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen L001

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 **1. Präambel und Leitlinien**

3 Allorts wird über Urbanisierung und die Krise des ländlichen Raumes
4 gesprochen. Und in der Tat ist unsere Zeit durch ein teilweise rasantes
5 Wachstum großer Städte bei einem gleichzeitigen quantitativen Schrumpfen
6 mancher ländlich und kleinstädtisch geprägten Räume zu verzeichnen. Viele
7 Politiker und angebliche Experten nehmen das zum Anlass, dem ländlichen
8 Raum das Totenglöckchen zu läuten.

9 Die sächsische FDP hält das für falsch. Wer dem ländlichen Raum Perspektiven
10 verwehrt, verwehrt sie auch den Menschen selbst. In dem Wissen, dass sich
11 moderne Entwicklungen genauso permanent ändern, wie Lebensverhältnisse,
12 Lebenseinstellungen und Lebenswünsche, verändern sich Chancen und Risiken
13 für Länder, Städte und Regionen regelmäßig. Heute ziehen die Menschen in die
14 Stadt, morgen ziehen sie aufs Land. Alles ist immer im Fluss und abhängig von
15 Faktoren wie dem technischen Fortschritt, Beschäftigungs- und
16 Einkommensverhältnissen, wirtschaftlichen Perspektiven, der Umwelt und den
17 Strukturen, die man vor Ort findet, aber auch von den sich im ständigen Wandel
18 befindlichen Werten.

19 Wir Liberalen werben deshalb für ein Miteinander von Stadt und Dorf.
20 Insbesondere in einem Land wie Sachsen. Der Freistaat gehört zu den dicht
21 besiedelten Regionen Europas. Er ist auch im deutschen Vergleich ein sehr
22 kompaktes Land. Leipzig und Dresden als stark wachsende Großstädte, dazu
23 das auch nicht kleine Chemnitz und der Ballungsraum mit Zwickau – alle
24 umgeben von lebendigen Wachstumsregionen mit kleineren Städten und
25 Dörfern. Es gibt verhältnismäßig wenige Regionen, die wirklich weit weg von
26 großen Zentren sind. Im Vergleich zu anderen Flächenländern sind die Wege in
27 Sachsen kurz, ist die gegenseitige Erreichbarkeit gut. Im Vergleich zu anderen
28 Flächenländern sind die gegenseitige Abhängigkeit, Vernetzung, Verständnis und
29 Betroffenheit wiederum groß. Schließlich fußt das Bevölkerungswachstum der
30 sächsischen Großstädte vor allem aus dem Zuzug aus dem näheren und
31 weiteren Umland und weniger aus fernerer Regionen.

32 Deshalb wollen wir Sachsen zum Musterland für das gelungene Zusammenspiel
33 von Land und Stadt machen. Sachsen ist dafür als eines der markantesten und
34 historisch am längsten so bestehenden Länder und als Kulturlandschaft oder
35 Landschaft mit Kultur bestens qualifiziert. Sachsens Dominante heißt Vielfalt.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

36 Diese zu bewahren und weiterzuentwickeln, dafür treten wir Freien Demokraten
37 ein.

38 Sachsen ist nicht entweder oder, nicht entweder Stadt oder Land. Sachsen ist
39 sowohl als auch! Es ist der ländliche Raum, der die Städte ernährt und sie mit
40 Energie versorgt. Er ist Heimat, Natur und Tierschutz. Er ermöglicht Städten erst
41 ihr Wachstum, weil er über Expansionsflächen verfügt und weil er Industrien und
42 Gewerke aufnimmt, die in den Städten nicht von jedermann gewünscht sind. Ja,
43 er baut sogar die Stadt, wenn man beachtet, wie viele in der Stadt tätige
44 Handwerksbetriebe ihren Sitz außerhalb haben. Der ländliche Raum ist
45 Erholungsraum und Sehnsuchtsort für manchen Städter und seine Familie, und
46 er ist ein Raum, der fast schon idealtypisch in eine sich verändernde Arbeitswelt
47 passt. Der ländliche Raum ist für viele ein sicherer Ort, steht für Lebensqualität
48 und gibt Menschen eine Chance auf Selbstverwirklichung, auf Eigentum und
49 Wohlstand. Ohne den ländlichen Raum ist die Großstadt nichts und ohne große
50 Städte ist der ländliche Raum genauso wenig.

51 Dass die zu lösenden Probleme und Herausforderungen unterschiedlich sind, ist
52 klar. Aber sie sind lösbar – mit maßgeschneiderten Konzepten anstatt alles über
53 einen Kamm zu scheren. Es muss nicht alles gleich sein, es sollte gleichwertig
54 sein.

55 Unsere Antwort ist eindeutig. Wir geben dem ländlichen Raum mit angepassten
56 Regeln und einer maßgeschneiderten, leistungsfähigen Infrastruktur in allen
57 Lebensbereichen einen Rahmen, der es ihm ermöglicht, Chancen zu wahren und
58 zu kreieren. Und wir vertrauen den Bürgern, Gemeinden und Städten und geben
59 ihnen mehr viel mehr Freiheit, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.
60 Kommunale Selbstverwaltung darf keine Worthülse mehr sein, denn die
61 Menschen vor Ort wissen sehr gut und meist viel besser als ein Bürokrat in der
62 fernen Landes- oder Kreishauptstadt, was das Beste für die Bürger und ihre
63 Gegend ist und sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

64 Deswegen wollen wir Freien Demokraten die Kommunen stärken und ihnen
65 verloren gegangene Freiheiten zurückgeben. Freiheit bedeutet
66 Entscheidungsfreiheit, klare Verantwortlichkeiten und größere Rahmen und
67 Spielräume, zum Beispiel durch viel weniger Bürokratie, das Zulassen von
68 Ausnahmen und abweichende Standards. Wer Unterschiede respektiert und
69 Unterschiede gestattet, eröffnet Möglichkeiten und ermöglicht eigenständige
70 Entwicklungen.

71 Der ländliche Raum ist für uns ein Raum der Freiheit. In der Weite des Raumes
72 gehen Dinge, die in der Enge der Metropole oft nicht mehr gehen. Der ländliche
73 Raum ist voller Chancen. Nutzen wir sie!

74 **Bevölkerungsentwicklung**

75 Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der Alterspyramide ist für uns
76 keine Bedrohung, sondern die Aufgabe für möglichst flexible und

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 3

77 anpassungsfähige Strukturen zu sorgen. Sie ist zudem viel zu unterschiedlich,
78 als dass es die richtige Lösung für alle Bereiche gibt.

79 Der ländliche Raum ist nicht homogen. Er unterteilt sich in Regionen, die in der
80 Nähe der für sächsische Verhältnisse großen kreisfreien Städte Dresden, Leipzig
81 und Chemnitz liegen und in peripherere Regionen. Auch hier gilt: peripher ist im
82 Vergleich zu anderen Gegenden in Deutschland oder Europa wie
83 Mecklenburg-Vorpommern oder Südschweden als relativ anzusehen, eine
84 mittelgroße Stadt ist meist nicht allzu weit entfernt. Die Bevölkerungsdichte ist im
85 europäischen Vergleich immer noch hoch.

86 Die Nähe zu den kreisfreien Städten bietet aufgrund deren anhaltenden
87 Bevölkerungswachstums sicherlich die größten Chancen für eine langfristig
88 stetige Bevölkerungsentwicklung. Sie könnte dazu beitragen, den Rückgang der
89 Bevölkerung in diesen Gebieten zumindest zu minimieren. Ziel sollte es daher
90 sein, die Attraktivität dieser Ballungsgebiete auf diese Gebiete ausstrahlen zu
91 lassen und diese damit zu vergrößern. Attraktive Metropolen wie z. B. München
92 haben bereits ein ca. 80 km umfassendes Umland.

93 **2. Maßnahmen**

94 Um die Leitlinien unserer Politik für den ländlichen Raum zu erreichen, brauchen
95 wir vor allem eines: Mehr Freiheiten und mehr Eigenverantwortung vor Ort:

96 **Die eigenverantwortliche Kommune als Entwicklungsmotor**

97 Einen starken ländlichen Raum gibt es nur mit starken Kommunen. Deswegen
98 wollen wir unsere Städte und Gemeinden mehr Entscheidungsfreiheiten geben.
99 Wir wollen, dass unsere Kommunen ihre verfassungsrechtlich verbrieften
100 Hoheitsrechte bezüglich Planungshoheit, Finanzhoheit, Rechtssetzungshoheit,
101 Organisations- und Personalhoheit sowie die Gebietshoheit auch wieder in der
102 Praxis leben können. Zu viele Verordnungen und Gesetze schränken die
103 kommunale Selbstverwaltung ein. Das wollen wir ändern. Statt der engen
104 gesetzlichen Vorgaben sollen Kommunen über Standards vermehrt selbst
105 bestimmen können. So können Schwerpunkte besser als bisher gesetzt und die
106 kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Kommunalpolitiker vor Ort
107 bekommen so endlich wieder mehr Entscheidungsmöglichkeiten. Vor dem
108 Hintergrund von stärkeren Kommunen stellt sich die Frage der Zukunft der
109 Landkreise. Für uns steht fest, dass diese in einem ersten Schritt zum
110 Dienstleister der kreisangehörigen Gemeinden werden müssen.

111 Eine starke Kommune muss nicht groß sein. Es hat sich gezeigt, dass durch die
112 Fusion von Gemeinden und Landkreisen keine besseren Strukturen entstehen.
113 Vielmehr werden die Identität und Zivilgesellschaft vor Ort sogar geschädigt. Wir
114 sprechen uns gegen eine generelle Pflicht zur Gemeindefusionierung aus.
115 Ebenso wollen wir die Festlegung im Leitbild des Freistaates streichen, dass bis
116 2020 mindestens 5.000 Einwohner pro Kommune vorhanden sein sollen.
117 Stattdessen wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, jenseits von
118 Verwaltungsgemeinschaften und anderen Konstrukten die kommunale

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 4

119 Zusammenarbeit zu verbessern. Gerade im Bereich der technischen Ausstattung
120 (z.B. Bauhof gemeinsam nutzen, digitale Dienste, Feuerwehertechnik für mehrere
121 Gemeinden) und bei Verwaltungsaufgaben, die nicht direkte Bürgerkontakte
122 beinhalten, sehen wir hier großes Potenzial. In jedem Fall darf eine
123 Zentralisierung von Strukturen nicht zu einer untragbaren Entfernung der
124 kommunalen Dienstleistungen vom Bürger führen. Auch eine
125 Gemeindefusionierung darf nicht zum Verlust gewachsener kommunaler Identität
126 führen. Dies können in diesem Fall starke Ortschaftsräte gewährleisten. Welche
127 Aufgabe Ortschaften übertragen bekommen, sollen die Kommunen
128 weitestgehend selbst bestimmen können. Lediglich Aufgaben, die grundsätzlich
129 dem Gemeinderat obliegen, dürfen nicht übertragen werden.

130 Eine starke Kommune braucht solide Finanzen und keine Geldgeschenke des
131 Landes. Wir wollen daher das Finanzvolumen, über das die Gemeinden
132 selbstständig entscheiden können, erhöhen. Alle Pflichtaufgaben sollen zukünftig
133 auch ohne einzelne Fördermittel bewältigt werden können. Es kann nicht sein,
134 dass Kommunen flächendeckend zum Bittsteller werden müssen. Statt
135 bürokratischer Förderprogramme sollen Mittel pauschal ausgereicht werden. Das
136 sorgt für langfristig planbare Investitionen für die Kommunen ohne dabei an den
137 goldenen Zügeln des Landes zu hängen. Lediglich für besondere Bereiche, die
138 nicht alle Gemeinde ähnlich treffen und kostenintensiv sind, soll es noch einzelne
139 Förderprogramme geben. Zudem wollen wir die Finanzkraft der Kommunen
140 insgesamt stärken. Wir sprechen uns daher für eine Umverteilung der Mittel aus
141 der Umsatzsteuer aus. Wir wollen den Anteil der Kommunen am bisherigen
142 Aufkommen der Umsatzsteuer von 2,2 Prozent auf 4,4 Prozent zu Lasten von
143 Bund und Land verdoppeln.

144 **Landesentwicklung flexibler gestalten und Räume vernetzen**

145 Die Leuchtturmpolitik hat sich für die Zeit des Aufbaus bewährt, ist aber für die
146 Sicherung eines lebenswerten ländlichen Raums hinderlich und muss ersetzt
147 werden. Das bisherige Prinzip der zentralen Orte hat seine Stärken, führt aber
148 zu einer strukturellen Schwächung dünn besiedelter Räume und ist wenig
149 flexibel. Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Vernetzung gerade im ländlichen
150 Raum können nur unzureichend abgebildet werden. Wenn es in einer Region
151 sinnvoll ist, auch außerhalb zentraler Orte gewisse Funktionen und Aufgaben
152 zentraler Orte wahrzunehmen, muss dies möglich sein, wenn die Region davon
153 insgesamt profitieren kann. Damit kann auch schnell auf sich wandelnde Trends
154 reagiert werden. Ziel ist es, die Vernetzung der Kommunen zu fördern und damit
155 eine dynamische aber dennoch zielgerichtete Landesentwicklung zu ermöglichen.

156 Außerdem muss Sachsen größer denken. Entscheidend sind beispielsweise nicht
157 nur die Oberzentren Dresden oder Leipzig, sondern vielmehr auch die
158 angrenzenden Regionen. Diese sollen sich als Metropolregionen begreifen und
159 auch so handeln. Dabei darf es sich aber nicht um ein bloßes Label handeln,
160 sondern es muss mit Leben erfüllt werden. München und Nürnberg können hier
161 gute Beispiele sein.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 5

162 Die Zukunft des ländlichen Raums ist digital

163 Schnelles Internet und digitale Angebote von der Verwaltung bis hin zur
164 medizinischen Versorgung überbrücken weite Distanzen und sorgen für schnelle
165 Erreichbarkeit und Bürgernähe. Hochwertige Dienstleistungen können so effizient
166 und an jedem Ort angeboten werden. Sachsen kann und muss hier zum
167 Musterland der Digitalisierung werden.

168 Dafür wollen wir die Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum bis 2025
169 gigabitfähig machen. Nur so kann Bildung, Wirtschaft, Gesundheit, Mobilität,
170 Verwaltung und Versorgung in hoher Qualität und für alle gesichert werden. Der
171 ländliche Raum darf hier nicht den Anschluss verlieren. Deswegen sollen alle
172 „weißen“ Flecken erfasst und durch den Freistaat Sachsen ausgebaut werden.
173 Darüber hinaus stellt der Freistaat Sachsen eigene Grundstücke für den Ausbau
174 des Mobilfunknetzes zur Verfügung. Das in Sachsen erfundene 5G-Netz soll bis
175 2025 flächendeckend verfügbar sein.

176 Der Freistaat Sachsen muss die Digitalisierung im ländlichen Raum vorantreiben.
177 Dafür sollen in einem ersten Schritt „Digitale Dörfer“ als Projekt gefördert werden.
178 Hier können sich Gemeinden bewerben, die schnell ihren Verwaltungen und
179 zusammen mit regionalen Akteuren wie Sparkasse, Schulen, Krankenhäusern,
180 Nahversorgern und den ÖPNV ein umfassendes digitales Angebot machen.
181 Dafür sollen nicht nur Fördermittel, sondern auch die notwendige Infrastruktur zur
182 Verfügung gestellt werden.

183 Wirtschaft regional vernetzen

184 Der ländliche Raum ist ein Ort der Wertschöpfung und Arbeit.
185 Schlüsselstellungen kommen hier dem Handwerk und der Landwirtschaft zu. Sie
186 waren seit jeher Triebfeder der Entwicklung im ländlichen Raum und können
187 gerade im Zeitalter der Digitalisierung eine Schlüsselfunktion wahrnehmen. Diese
188 Stärken gilt es zu stärken. Smart Farming und die hohe Kompetenz im Bereich
189 Agrartechnik machen Sachsen zu einem hervorragenden Standort für die
190 Landwirtschaft der Zukunft. Dies gilt es zu unterstützen und durch
191 Technologietransfer zwischen Hochschulen/Forschungsinstitute für die Wirtschaft
192 weiterzuentwickeln. Das Handwerk steht jeher für regionale Qualität. Für das
193 produzierende Handwerk sind Exportaufträge Normalität. Das unverzichtbare
194 Meistersystem und die hohe örtliche Verbundenheit sichern gerade im ländlichen
195 Raum viele qualitativ hochwertige Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

196 Vorrangiges Ziel der wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollte es sein, die
197 Menschen vor Ort zu aktivieren und zu unterstützen, sodass eine nachhaltige
198 und auf die Region zugeschnittene Entwicklung angestoßen werden kann. Dabei
199 ist es wichtig, dass regionale Entwicklungskonzepte, welche speziell auf die
200 Region angepasst sind, ausgearbeitet werden.

201 Unternehmerische Investitionen benötigen neben den passenden
202 Rahmenbedingungen vor Ort ebenso eine langfristige Planungssicherheit.
203 Politische Zusagen und Förderungen müssen wie vereinbart eingehalten werden.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 6

204 Ziel muss es sein, die Unternehmen und Produktionsstätten in den ländlichen
205 Regionen zu halten und wenn möglich auch zusätzliche Arbeitskräfte und damit
206 potenzielle neue Einwohner anzulocken. Dabei muss aktiv um potenzielle
207 Zuzügler und auch um nach der Wende abgewanderte Personen geworben
208 werden. Eine Abwanderung von Unternehmen in Richtung der Großstädte muss
209 verhindert werden. Dazu sollte die regionale Vernetzung von Unternehmen
210 unterstützt werden. Zudem können öffentlich finanzierte
211 Weiterbildungseinrichtungen und Ausbildungszentren einen wichtigen Beitrag für
212 dieses Ziel leisten. Die berufliche Bildung darf sich nicht aus der Region
213 zurückziehen. Hier muss der Freistaat von seinen starren Vorgaben zur
214 Klassenbildung abrücken und auch kleine Strukturen finanzieren. Potenzielle
215 Existenzgründer sollten mit der Aussicht auf günstige Büro- und
216 Produktionsräume gelockt werden. Planungsbeschränkungen bei der Ausweisung
217 vergrößerter Gewerbegebiete müssen abgebaut werden.

218 Der demografische Wandel und die zunehmende Individualisierung von
219 Lebensläufen führt dazu, dass Unternehmensnachfolgen und -übergaben in der
220 eigenen Familie längst nicht mehr gesichert sind. Daher müssen
221 Unternehmensnachfolgen außerhalb dieses Kreises ermöglicht werden. Eine
222 stärkere regionale Vernetzung sowie eine bessere regionale Vermarktung der
223 Unternehmensbörse Nexxt, die aus eben dieser Zielstellung gegründet wurde,
224 können dazu beitragen. Möglichkeiten zur Verbesserung von
225 Tourismusangeboten müssen ergriffen werden. Hier haben viele Kommunen
226 noch ein deutliches Entwicklungspotenzial.

227 Durch die zunehmende Digitalisierung wird dezentrales Arbeiten von zu Hause
228 aus immer einfacher. Schon heute wären viele Präsenztage am Arbeitsort durch
229 eine andere Arbeitsorganisation ersetzbar. Dieser Trend wird in den kommenden
230 Jahren wohl zunehmen. Diese Flexibilisierung schafft neue Freiheiten für
231 individuelle Bedürfnisse und wäre gerade für Pendler im ländlichen Raum sowie
232 potenziell am Zuzug interessierte eine entscheidende Verbesserung. Die
233 sächsische Verwaltung sollte begleitend zu ihren guten Bemühungen zur
234 Digitalisierung ihrer Arbeitsabläufe auch hinsichtlich einer solchen
235 Dezentralisierung der Arbeitsabläufe in allen Bereichen, in denen dies ohne
236 Qualitätseinbußen möglich ist, vorangehen.

237 Das Standortkonzept der Landesregierung zur Verteilung der Landesbehörden
238 muss auch weiterhin alle Landesteile Sachsens in ausgewogener Weise
239 berücksichtigen. Neben dem Gebot der regionalen Fairness bieten diese gute
240 Jobangebote, die ein wichtiger Pfeiler des Arbeitsmarktes in diesen Gegenden
241 sind.

242 Touristische Entwicklung als Chance sehen

243 Für den ländlichen Raum mit seinen spektakulären Natur- und
244 Kulturlandschaften, seinem Reichtum an Attraktionen und Sehenswürdigkeiten
245 und seinen Entfaltungsmöglichkeiten ist der Tourismus eine enorme Chance und
246 ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Allerdings werden dessen Potentiale trotz

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 7

247 bereits erfolgter vielfältiger Investitionen längst nicht ausgeschöpft. Dass die
248 Tourismuswirtschaft dabei besonders unter Problemen wie Fachkräftemangel,
249 überbordender Bürokratie und einer hohen Abgaben- und Steuerlast leidet, ist
250 bekannt. Oft fehlt es aber auch an einer leistungsfähigen Infrastruktur, um
251 touristische Angebote nachhaltig abzurunden oder sie mit den Ballungsräumen
252 zu vernetzen. Manchmal sind sie aber einfach auch noch viel zu unbekannt und
253 den Verantwortlichen vor Ort fehlen die Möglichkeiten und Mittel, das zu ändern.
254 Oft werden einmal geschaffene oder traditionelle touristische Anziehungspunkte
255 nur mit allergrößter Mühe und mit unzureichenden Strukturen vor Ort gepflegt
256 und am Leben gehalten. Nicht selten finden sich vielerorts in Sachsen noch
257 herausragende Schätze, die ein trauriges Dasein führen oder sogar dem Verfall
258 preisgegeben sind, was einen großen kulturellen Verlust nicht nur für die
259 ländlichen Räume und die betroffenen Gemeinden darstellen würde, sondern für
260 den Freistaat Sachsen insgesamt. Das darf ein Kulturland nicht einfach
261 hinnehmen, zumal bei einer entsprechenden Unterstützung von privaten und
262 öffentlichen Engagement und unbürokratischer Herangehensweise beispielsweise
263 in Bezug auf Genehmigungsverfahren, Denkmalschutz und Umweltauflagen
264 einige Objekte das Zeug dazu hätten, die Initialzündung für neue touristische
265 Entwicklungen zu sein. Solche Schätze zu entdecken, tragfähige Sanierungs-
266 und Nutzungskonzepte zu entwickeln und sie in gemeinsamer Anstrengung von
267 öffentlicher Hand und privatem Engagement zu heben, ist unser Anspruch.

268 Investitionen in die touristische Infrastruktur zu unterstützen, heißt also immer
269 auch eine Unterstützung des ländlichen Raumes. Dabei geht es längst nicht
270 mehr nur um den überregionalen Übernachtungstourismus. Denn den ländlich
271 und kleinstädtisch geprägten Gebieten kommt eine wachsende Bedeutung als
272 Naherholungsziel der Ballungsräume und Großstädte zu. Der Ausflugstourismus
273 wächst und ist für viele Familien eine logistisch und finanziell machbare
274 Alternative bei vollen und im Sommer aufgeheizten Städten. Neue Formen der
275 Ausflugskultur und zeitgemäße Möglichkeiten aktiver Freizeitgestaltung in der
276 Natur, aber auch Phänomene wie wieder mehr geborene Kinder und größere
277 Familien auf der einen und eine älter werdende und dabei mobil bleibende
278 Gesellschaft auf der anderen Seite führen viele Städter zunehmend in die
279 nähere Umgebung. Der Freistaat ist aufgefordert, diese Entwicklung aktiv zu
280 unterstützen. Das betrifft insbesondere das Möglichmachen von Engagement und
281 die Schaffung einer vernünftigen Infrastruktur in und zu touristischen Zielen
282 durch die viel bessere Vernetzung der Verkehrswege und -mittel zwischen Stadt
283 und Land und sowie die Schaffung von Angeboten, die die Besucher zu den
284 Tourismuszielen bringen.

285 **Beste Bildung für Stadt und Land**

286 Kinder sind die Zukunft auch des ländlichen Raumes. Ihre Förderung hat daher
287 Priorität. In diesem Bereich gilt es, sämtliche bestehenden Infrastrukturen
288 (Vereine, Jugendarbeit, Traditionspflege, Freizeitgestaltung) aufrecht zu erhalten.
289 Dies kostet erst einmal Geld, aber es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass
290 es sich langfristig auszahlt. Wenn es solche Angebote nur noch in den
291 Ballungsräumen gibt, würde sich der Trend des Wegzuges und der Landflucht –

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 8

292 auch von derzeit fest verankerten ganzen Familien und Leistungsträgern dieser
293 Regionen – noch zusätzlich verstärken. Das muss verhindert werden.

294 Ganz essentiell wichtig ist die Erhaltung der Schulen, zumindest der
295 Grundschulen, vor Ort. Eine Verkleinerung der Schulen bei sinkender Auslastung
296 ist möglich, eine Schließung aber nicht. Lehrer müssen hier falls notwendig
297 mehrere Schulen betreuen und die Wege übernehmen, die den jungen Schülern
298 nicht zugemutet werden können. Zudem darf der ländliche Raum durch die
299 Folgen des Lehrermangels nicht besonders belastet sein. Junge Lehrer wollen
300 besonders in den großen Städten bleiben. Dem muss entgegengewirkt werden.
301 Auch wenn wir als Liberale die Verbeamtung kritisch sehen – ihre Möglichkeiten
302 müssen konsequent umgesetzt werden. Wer verbeamtet ist, soll dort arbeiten
303 müssen, wo es notwendig ist.

304 Ebenso wichtig ist die frühkindliche Bildung und Betreuung in unseren
305 Kindertagesstätten und bei der Kindertagespflege. Sie müssen in ihren
306 Öffnungszeiten den Bedürfnissen in ländlichen Regionen Rechnung tragen.
307 Pendler u.a. müssen hierzu die Möglichkeit haben, ihr Kind auch nach der Arbeit
308 aus der Einrichtung abholen zu können. Die Finanzierung des Freistaates
309 Sachsen sollte daher auch Betreuungszeiten über 9 Stunden berücksichtigen.
310 Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, müssen
311 wohnortnahe Betreuungsangebote geschaffen werden. Neben der Betreuung in
312 Kindertagesstätten sind hierzu auch weitere Betreuungsmöglichkeiten wie
313 generationsübergreifende Lösungen etc. notwendig und die Bürokratie hierfür
314 muss abgebaut werden.

315 Angebote der beruflichen Bildung dürfen sich nicht noch weiter aus den
316 Mittelzentren in die Oberzentren verlagern. Das jetzige Angebot in der Fläche
317 darf nicht weiter verkleinert werden. Die Berufsschulzentren sind zudem mit den
318 anderen Bildungsakteuren weiter stärker zu vernetzen, um auch im ländlichen
319 Raum Fachkräfte aus- und weiterbilden zu können. Volks- und Musikschulen
320 sollen im Rahmen ihres Auftrags weiter gezielt unterstützt werden.

321 Außerdem ist es von Bedeutung, dem Problem rechtsextremistischer und
322 ausländerfeindlicher Strömungen zu begegnen. Dafür muss die politische Bildung
323 verbessert und intensiviert werden sowie frühzeitig Partizipationsangebote vor
324 Ort geschaffen werden. Auch diese Wertevermittlung ist eine
325 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies macht diese Regionen gerade für
326 potenzielle Zuzügler und höherqualifizierte Menschen interessanter und
327 lebenswerter.

328 **Infrastruktur und Daseinsvorsorge bewahren – Innovationen vorantreiben**

329 Die Infrastrukturen müssen an die sich verändernden Bedingungen angepasst
330 werden. Ziel muss es sein, dass auch künftig eine gute Versorgung mit allen
331 wichtigen Gütern sichergestellt werden kann. Die relativ dichte
332 Besiedlungsstruktur und damit die vorhandene Nähe von Orten zu
333 nächstgrößeren Städten bietet dafür eine gute Grundlage. Diese Städte sind
334 heute schon Infrastrukturzentren und werden dies in Zukunft auch noch stärker

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 9

335 sein. Diese halten viele Angebote vor, die es in der Fläche in manchen
336 Gegenden nicht mehr geben wird.

337 Wir brauchen einen Instrumentenkasten, um vom Verfall bedrohte Strukturen
338 oder Immobilien zu bewahren. Gerade im ländlichen Raum gibt es
339 ortsbildprägende Bereiche, die nicht aufgegeben werden dürfen.

340 Gleichzeitig müssen die Angebote insbesondere für ältere Menschen auch in die
341 Fläche gehen. Sei es durch das Modell der Bürgerläden, in denen etwa
342 Dienstleistungen von Krankenkassen, Sparkassen oder Gemeindeämtern
343 gebündelt werden können, oder durch die stärkere Nutzung digitaler Angebote
344 wie z.B. Lieferdiensten von Supermärkten. Initiativen zu „Tante Emma Läden“
345 vor Ort sollen bei Bedarf unbürokratisch gefördert werden, um die
346 Nahversorgung im Grundversorgungsbereich zu sichern.

347 Zudem könnten in Zukunft durch die Innovation des selbstfahrenden Autos die
348 Kosten deutlich sinken. Zur Umsetzung der digitalen Möglichkeiten und für die
349 Wirtschaft vor Ort ist eine flächendeckende Abdeckung mit schnellem Internet
350 entscheidend. Da nicht absehbar ist, ob und wie schnell hier visionäre Projekte
351 wie das Project Loon von Google über den Einsatz von Ballons ländliche und
352 abgelegene Gebiete mit schnellem Internet versorgen können, ist hier der
353 Freistaat gefordert.

354 Erhebliche Investitionen seit der Wiedervereinigung führen dazu, dass das
355 Straßennetz im ländlichen Raum auf einem guten Niveau ist. Dies schließt
356 sowohl die Dichte als auch die Qualität des Sanierungsstandes der Straßen
357 sowie die vorhandenen Autobahnanbindungen ein. Hier sind künftig vor allem
358 Investitionen in die Erhaltung der Qualität des Straßennetzes notwendig.
359 Allerdings kommt es durch die Zunahme des LKW-Verkehrs auf einigen Straßen
360 zu besonderen Belastungen der Dörfer. Hier muss der Freistaat schnell für
361 leistungsfähige Ortsumfahrungen sorgen. Die Straßen bieten sehr gute
362 Möglichkeiten für Pendler um ihren Arbeitsort schnell erreichen zu können. Mit
363 sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird in den nächsten Jahren das selbstfahrende
364 Auto den Automobilmarkt revolutionieren und auch für Pendler im ländlichen
365 Raum ganz neue Perspektiven eröffnen. Die Fahrtanstrengungen, die mit dem
366 Pendeln verbunden sind, würden entfallen. Das Auto würde sich wandeln zum
367 eigenen Taxi inkl. Chauffeur direkt vor der eigenen Haustür, in dem bereits auf
368 dem Arbeitsweg gearbeitet werden kann. Dies wäre eine Revolution und würde
369 ganz neue Motivationslagen für das Leben im ländlichen Raum schaffen. Umso
370 wichtiger ist es daher, dass in den nächsten Jahren ein stabiler und verlässlicher
371 Rechtsrahmen für das selbstfahrende Auto implementiert wird. Solange diese
372 Entwicklung noch nicht Realität ist, fordern wir weiterhin den Führerschein ab 16,
373 um der Jugend mehr Mobilität zu ermöglichen, sowie den Mopedführerschein ab
374 15. Steuerliche Entlastungen in Form der Entfernungspauschale möchten wir
375 beibehalten.

376 Die Eisenbahninfrastruktur ist im Nahverkehr auf einem passablen Niveau. Die
377 Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden - Görlitz ist für einen besseren

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 10

378 Anschluss des Bautzner und Görlitzer Raumes an die Landeshauptstadt von
379 hoher Bedeutung. Dieselbetriebene Züge sind kein Zukunftsmodell. Es sollten
380 stärkere Anstrengungen unternommen werden, um Haltestellen zu sanieren und
381 Lösungen für zunehmend marode ehemalige Bahnhofsgebäude zu finden.
382 Zughaltestellen sind eine Visitenkarte für ankommende Reisende. Vielfach ist der
383 erste Eindruck durch verfallene Bahnhofsgebäude leider unnötig negativ.
384 Haltestellen sollten zudem auch barrierefrei ausgestattet werden.

385 Von herausragender Bedeutung ist aber die Erhöhung der Taktzeiten in das
386 ländliche Umland der Ballungsräume der Schwarmstädte. Es müssen analog zu
387 anderen großen Metropolregionen Anreize geschaffen werden, um das
388 Bevölkerungswachstum der Großstädte auf die umliegenden Gebiete
389 auszudehnen und diese daran partizipieren zu lassen. Das Umland von diesen
390 Städten soll damit vergrößert werden.

391 Das Busliniennetz soll dafür sorgen, dass man schnell in die Städte kommt. Die
392 Taktung muss durch eine bessere Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde und
393 eine Fusion aller Verkehrsverbünde verbessert werden. Zu prüfen ist zudem, ob
394 in einzelnen Fällen, in denen diese Abdeckung nicht gewährleistet werden kann,
395 der Einsatz sogenannter Rufbusse lohnenswert ist. Zukünftig könnten auch hier
396 selbstfahrende Busse, durch die die bisher anfallenden Kosten sinken werden,
397 neue Perspektiven eröffnen. Dies kommt vor allem dann in Betracht, einzelne
398 Dörfer an die zentralen Buslinien anzuschließen. Zudem ist zu prüfen, ob die
399 jetzigen starren Regelungen im ÖPNV beispielsweise hinsichtlich von
400 Taxiunternehmen den Bedürfnissen des ländlichen Raums entsprechen. Die
401 Versorgungspflicht bringt für Taxiunternehmen hohe Kosten. Gleichzeitig werden
402 moderne, auf Abruf funktionierende Konzepte, behindert.

403 **Sicherheit und Gesundheit darf keine Frage des Wohnorts sein**

404 Ob Polizeipräsenz, Feuerwehreinsatzbereitschaft oder die Wege zum Arzt – an
405 der Sicherheit darf es keine Abstriche geben.

406 Wir setzen uns weiterhin für eine stärkere Präsenz der Polizei im ländlichen
407 Raum ein. Für uns ist es selbstverständlich, dass Funkstreifenwagen auch im
408 ländlichen Raum binnen kürzester Zeit nach einem Notruf vor Ort sind. In der
409 Vergangenheit geschlossene Polizeireviere- und -posten müssen durch Reviere
410 auf Rädern ersetzt werden. Dafür sind entsprechend ausgerüstete interaktive
411 Polizeifahrzeuge anzuschaffen und flächendeckend einzusetzen, sodass die
412 Bürger nicht mehr zum Revier gehen müssen, sondern das Revier auf Rädern
413 zu ihnen kommt.

414 Darüber hinaus fordern wir, das Netz der Bürgerpolizisten zu verdichten. Künftig
415 soll jede eigenständige Gemeinde auch einen eigenen Bürgerpolizisten vor Ort
416 haben, der als Ansprechpartner für die Bürger und die Gemeindeverwaltung
417 einerseits und als Schnittstelle zum zuständigen Polizeirevier fungiert. In
418 Zusammenarbeit mit den Ortspolizeibehörden, die wir stärken, besser ausrüsten
419 und in der Präsenz deutlich ausweiten wollen, wird Sicherheit vor Ort sicht- und
420 spürbarer.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 11

421 Auch ist es für uns selbstverständlich, dass die Polizei in der Lage ist, binnen
422 kürzester Zeit einen Polizeistandort im ländlichen Raum zu etablieren, wenn die
423 Sicherheitslage dies erfordert. Mit modernen Containerlösungen ist die
424 Einrichtung eines Polizeipostens in wenigen Tagen möglich. Die Zusammenarbeit
425 insbesondere im grenznahen Raum mit der Bundespolizei ist zu intensivieren,
426 ebenso die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden in
427 Polen und Tschechien.

428 Damit der ländliche Raum auch für ältere Menschen lebenswert bleibt, ist es für
429 uns unabdingbar, dass der Rettungsdienst flächendeckend in die Lage versetzt
430 wird, innerhalb von 12 Minuten nach erfolgtem Notruf vor Ort zu sein. Die
431 Ausrüstung der Rettungsdienste und der Katastrophenschutzeinheiten müssen
432 jederzeit in einem technischen Zustand sein, dass sie ausrücken können.
433 Besonders gegenüber den ehrenamtlichen Helfern im Katastrophenschutz ist es
434 nicht zuzumuten, dass sie mit jahrzehntealter Technik mit höchstem Einsatz und
435 auf höchstem Niveau Leben schützen und retten sollen.

436 Zudem wollen wir die Feuerwehrentechnik weiter erneuern. Immer noch stehen
437 zahlreiche DDR-Fahrzeuge in den Gerätehäusern. Kommunen, welche diese
438 Technik ersetzen, sollen von einem erhöhten Fördersatz profitieren. Für die
439 Beschaffung von Ausrüstung und Bekleidung wollen wir die aktuell eingeführte
440 Feuerwehrausstattung ausbauen. Dies würde die meist ohnehin nur theoretisch
441 bestehende Fördermöglichkeit in der jetzigen Feuerwehrförderung ablösen.

442 Zur Sicherung der Qualität in den Feuerwehren wollen wir die Beschäftigung von
443 hauptamtlichem Personal, dass beispielsweise für die Gerätschaften
444 verantwortlich ist, unterstützen. Eine durchgehende Professionalisierung der
445 Feuerwehr im ländlichen Raum lehnen wir ab, um keine Feuerwehrkameraden 2.
446 Klasse zu schaffen. Darüber hinaus hat gerade die Feuerwehr für die
447 Ortschaften auch für das Dorfleben eine besondere Funktion und verbessert den
448 Zusammenhalt vor Ort.

449 Zur Förderung des Ehrenamts wollen wir für aktive Angehörige in den Bereichen
450 Feuerwehr, Katastrophenschutz, Bergwacht und Gesundheitsdienst eine
451 angemessene Anerkennung einführen. Dafür soll all jenen gedankt werden, die
452 zu jeder Uhrzeit und bei jedem Wetter Leben retten und für Sicherheit sorgen.

453 Erst kürzlich wurde im Freistaat Sachsen der Weg für digitale Diagnosen
454 freigemacht. Daher ist auch die Digitalisierung eine Chance für eine gute
455 wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Pflege. Sie allein kann aber die
456 Probleme nicht beheben, da eine umfassende Versorgung den Arzt vor Ort auch
457 weiterhin benötigt. Daher brauchen wir neben der umfassenden Digitalisierung
458 auch eine konkrete Vernetzung der Akteure vor Ort und an Entfernungen und
459 Morbidität statt an wohnhaften Patienten orientierte Organisation und Vergütung.
460 Wir wollen auch keine Zentralisierung von Pflegeheimen in den größeren
461 Städten, sondern die wohnortnahe Pflege im Dorf. Die Pflegeberatung und
462 -koordinierung ist daher zu verstetigen und weiter auszubauen. Lokale Initiativen

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 12

463 sollen so besser vernetzt werden, um älteren Menschen vor Ort einen schönen
464 Lebensabend zu bieten.

465 **Immobilienmarkt stabilisieren**

466 Der Bevölkerungsrückgang stellt den Immobilienmarkt im ländlichen Raum vor
467 neue Probleme. Eine Stabilisierung des Immobilienmarktes trotz Schrumpfung
468 muss gewährleistet werden, damit öffentliche und private Immobilienvermögen
469 nicht entwertet werden. Die Leerstandquoten dürfen einen zu bestimmenden
470 Zielwert, bei dem die wesentliche Stabilisierung der Vermögen als gesichert
471 angesehen werden kann, nicht überschreiten. Dafür ist die Weiterführung und
472 teilweise auch Ausweitung von Rückbauaktivitäten anzustreben. Dieses Konzept
473 hat bereits in den letzten Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung maßgeblich
474 zur Verbesserung des Immobilienmarktes beigetragen und ist auch nach dem
475 Gesichtspunkt der Reduzierung des Flächenverbrauchs sinnvoll. Diese müssen
476 durch die EU-Programme und das Land weiter gefördert werden. In dieser
477 Planung muss darauf Wert gelegt werden, für die Region oder den Ort wichtige
478 Bausubstanz zu erhalten um das Gesicht der Orte auch zukünftig zu wahren.
479 Damit einhergehen kann eine Zusammenlegung bestehender Grundstücke,
480 dadurch werden einzelne Grundstücke deutlich größer. Ein höheres Platzangebot
481 zur individuellen freien Entfaltung ist ein wesentlicher Vorteil des ländlichen
482 Raumes. Zur Erhaltung der bisherigen Siedlungsstruktur und Vermeidung
483 zusätzlichen Flächenverbrauchs ist eine solche Wiedernutzung und teilweise
484 Wiederbebauung einer Neubebauung am Rande der Ortschaften vorzuziehen.
485 Auch die Einrichtung und Vermarktung einer kommunalen Hausbörse als
486 Plattform für potenzielle Käufer kann dabei unterstützend wirken.

487 Das Immobilienangebot im Umland ist vorhanden. Es muss vielmehr
488 sichergestellt werden, dass dieses gut an die Großstädte angebunden wird.
489 Dadurch werden auch die Ballungszentren entlastet. Wir wollen zudem, dass auf
490 Steuerzahlerkosten keine künstlichen Ressourcen am Wohnungsmarkt aufgebaut
491 werden, die andernorts bereits vorhanden sind.

492 **In Grenzregionen nachbarschaftliche Zusammenarbeit ausweiten**

493 In allen bisher genannten Maßnahmebereichen ist in Grenzregionen eine
494 Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen aus den Nachbarländern
495 Polen und Tschechien zu prüfen. Wenn Orte näher an einer größeren
496 tschechischen oder polnischen Kommune liegen als an einer deutschen, dann ist
497 das sinnvoll. Hierfür sind die Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit zu
498 erweitern. Dies ist zweckmäßig, kann die Effizienz der Leistungen steigern,
499 Kosten sparen und fördert den europäischen Gedanken. Grenzen werden
500 dadurch in den Bereichen irrelevant. Es sollten in diesem Falle Bemühungen
501 stattfinden, Fördermittel aus dem EU-Programm Interreg A für
502 grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu nutzen.

503

504

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 13

505 Förderungspolitik zur Infrastruktursanierung weiter nutzen

506 Die EU-Fördermittel aus den Programmen EFRE (Europäischer Fonds für
507 regionale Entwicklung) und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfond für die
508 Entwicklung des ländlichen Raumes) haben in den vergangenen Jahren bereits
509 vielfältige Projekte zur Sanierung der Infrastrukturen und des
510 Immobilienbestandes im ländlichen Raum unterstützt. Die Programme sind
511 beizubehalten und verstärkt zu nutzen. Dafür ist aber das größte Hindernis – die
512 überbordende Bürokratie – zu beseitigen. Für jede Förderperiode hat jeder
513 Mitgliedstaat und auch jedes Bundesland die Möglichkeit, in einem
514 Entwicklungsplan Prioritäten zu formulieren um die Zielgenauigkeit des
515 Mitteleinsatzes zu erhöhen. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf die genannten
516 Herausforderungen und Maßnahmen wie den Umbau der Infrastruktur zu legen.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S002

Betr.: Für eine Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge - selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen

Antragsteller: Kreisverband Zwickau

- 1 1. Wir fordern die Abschaffung der vollständigen Anrechnung von sonstigen
2 Einkünften auf die Grundsicherung. Dabei sollen bis zu 500 Euro nicht
3 angerechnet werden.
- 4 2. Wir fordern grundsätzlich, dass die weiter steigenden Kosten für die
5 Rentenzahlungen aus Steuermitteln bestritten werden.
- 6 3. Wir fordern, keine Zahlungen für versicherungsfremde Leistungen aus der
7 Rentenkasse zu entnehmen.
- 8 4. Wir fordern im Zuge einer Vereinfachung einen Anspruch auf eine
9 automatische Aufstockung der Rentenzahlung auf das Niveau der
10 Grundsicherung. Antragstellung und Auszahlung sollen grundsätzlich bei der
11 Rentenversicherung liegen.
- 12 5. Wir fordern, dass die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge den Bedarf
13 der Grundsicherung erhöhen.
- 14 6. Wir fordern die Rücknahme der nachgelagerten Besteuerung von
15 Lebensversicherungen auf Gewinne der LV nach 12 Jahren
16 Beitragszahlungsdauer.
- 17 7. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Abgaben an die Kranken- und
18 Pflegeversicherung nach Auszahlung von Direktversicherungen als
19 Altersvorsorge.
- 20 8. Wir prüfen die Einführung einer gesetzlichen Pflicht für jedermann
21 Altersvorsorge zu betreiben und diesbezüglich bessere staatliche
22 Rahmenbedingungen.
- 23 9. Wir fordern eine Vereinfachung der Zulagenrente oder Förderrente
24 (hauptsächlich bekannt unter dem Namen Riester-Rente) Riesterförderung durch
25 direkte Beantragung der Förderung beim Wohnstätten-Finanzamt (ohne
26 Zulagenstelle).
- 27

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

Begründung:

In Deutschland musste im Jahr 2017 jeder dritte Vollzeitbeschäftigte mit 2400 Euro brutto oder weniger auskommen, was schlussendlich in der Alterssicherung eine kleine Rente bedeutet.

Zudem erlebt unsere Gesellschaft dramatische Veränderungen in der demographischen Entwicklung. Immer weniger Arbeitnehmer müssen für immer mehr Rentner die Alterssicherung erarbeiten. Positiv für jeden von uns, jedoch zusätzlich erschwerend für die Stabilität unseres Alterssicherungssystems, verbessert sich Jahr für Jahr die Lebenserwartung unserer Bürgerinnen und Bürger, was im Ergebnis auf deutlich längere Zahlungen aus unseren Rentenkassen hinausläuft. Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr junge Menschen sehr spät ins Berufsleben einsteigen und somit erst spät Beiträge ins Rentensystem einzahlen.

Weiterhin erleben wir gerade eine schleichende und katastrophale Krise bei privaten Versicherungen und betrieblichen Pensionskassen. Die bei Vertragsabschluss versprochenen Renditen lösen sich in Luft auf, auch verschuldet durch die Niedrigzinspolitik der EZB. Der Staat profitiert von der Niedrigzinspolitik der EZB, indem er Einsparungen auf seine Kredite in Höhe von 240 Milliarden Euro in den Jahren 2008 – 2016 erwirtschaftet hat. Dieses Einsparungspotenzial gibt er jedoch nicht an seine Bürger zurück. Damit jedoch könnten sie Verluste der privaten Altersvorsorge ausgleichen. Hier findet ein Vertrauensbruch statt. Versicherer verkaufen zunehmend die wenigen Wertpapiere aus ihrem Bestand, die noch Zinsen abwerfen, ja schlimmer noch, zunehmend werden große Bestände an Policen an sogenannte Abwickler veräußert.

Wir stehen als Freie Demokraten angesichts dieser Entwicklungen für eine weitere Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge und sehen hier auch den Staat und die Notenbanken in der Pflicht. Nicht die Eigenvorsorge, sondern die künstlich herbeigeführte Niedrigzinspolitik muss beendet werden.

Wir stehen für ein zeitgemäßes, transparentes Rentensystem, welches zu einem modernen Erwerbsleben passen muss. Mit unseren Forderungen wollen wir den Druck von der FDP-Basis diesbezüglich erhöhen und Schritte gehen, das System gerechter und zukunftssicher zu machen.

Die weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S003

Betr.: **Finanzielle Ausstattung der Kreisverbände zur Intensivierung der Kommunalwahlkämpfe 2019**

Antragsteller: **Lothar Brandau, Christian Epperlein, Bernd Franke, Dirk Jahn, Petra Ledig, Thomas Richter, Peter Weinholtz**

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 1. Die von den Kreisverbänden an die Bundes-FDP zu entrichtende
3 Sonderumlage wird für das Jahr 2019 vom Landesverband übernommen bzw.
4 erstattet.

5 2. Bei der Finanzierung der Kommunal- und Landtagswahlkämpfe werden
6 finanzschwache Kreise vom Landesverband darüber hinaus unterstützt. Über die
7 Verwendung dieser zusätzlichen Mittel einschließlich der übernommenen
8 Sonderumlage zu Wahlkampfzwecken ist Rechenschaft zu legen.

9 3. Der Landesschatzmeister wird beauftragt, zusätzliche Mittel aus dem Topf der
10 Sonderumlagen bzw. materielle und personelle Unterstützung für die
11 Wahlkämpfe 2019 in Sachsen von der Bundes-FDP einzufordern und den
12 Landesvorstand laufend über den Stand zu informieren

13

Begründung:

Die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen 2019 in Sachsen werden entscheidend für den Ausgang der Landtagswahl 2019 sein. Hierzu ist angesichts der derzeitigen Umfragen kein Ausruhen angezeigt. Wollen wir ein angemessenes Ergebnis mit der Folge des Wiedereinzugs bzw. des Erreichens der Fraktionsstärke in möglichst vielen Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen erreichen, ist neben dem persönlichen Einsatz unserer Mitglieder auch ein kreativer Wahlkampf in den Gemeinden und Kreisen erforderlich, der erhebliche Geldmittel erfordert. Am erzielten Wahlergebnis vom Mai 2019 wird sich die Stimmungslage in der Wählerschaft eindeutig darstellen.

Der für einen Erfolg zu betreibende Aufwand und die damit verbundenen Kosten für Werbematerialien und Veranstaltungen können bereits ohne die Belastung durch die Sonderumlage nicht von allen Kreis- und Ortsverbänden aufgebracht werden. Die Übernahme/Erstattung der Sonderumlage für das Jahr 2019 erhält zunächst den Status quo der Gliederungskassen und gestattet auch die erforderliche weitere Kontinuität der Parteiarbeit vor Ort.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S004

Betr.: Optimierung der Berufsfindung durch Einführung eines Freien Ausbildungsjahres zur beruflichen Orientierung

Antragsteller: LFA Soziales

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 Die sächsischen Freien Demokraten fordern die Einführung eines „Freien
3 Ausbildungsjahres zur beruflichen Orientierung (FAbO)“. Im Sinne einer
4 nachhaltigen beruflichen Orientierung unterstützt dieses Freie Ausbildungsjahr
5 Jugendliche und junge Erwachsene ab dem 16. Lebensjahr bei der Findung ihrer
6 beruflichen Zukunft abseits von Universität und Fachhochschulen. Teilnehmer
7 des Programms erhalten die Möglichkeit über den Zeitraum eines Jahres an
8 verschiedenen sächsischen Standorten mehrmonatige vergütete Praktika
9 durchzuführen. Weiterbildungen in für die berufliche Zukunft notwendigen
10 Kompetenzen (innerbetriebliche Rechte, Steuern, Bewerbungsgespräch etc.) sind
11 ebenfalls Teil des Programms. Der Freistaat soll für den Großteil des Programms
12 aufkommen.

13

Begründung:

Seit Jahren bewegt sich die Abbrecherquote in der beruflichen Ausbildung in Sachsen kontinuierlich um 20%. Das FAbO trägt wesentlich dazu bei, diese Passungsprobleme weitestgehend zu beseitigen. Einerseits fehlen passende Stellen für Bewerber, welche dann ohne Ausbildung bleiben und es fehlen passende Auszubildende für vorhandene Stellen. Dadurch bleiben Stellen in Betrieben frei, wodurch sich der Fachkräftemangel erhöht. Das FAbO bietet dafür einen innovativen Lösungsansatz.

Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab dem 16. Lebensjahr werden bei der Findung ihrer beruflichen Zukunft abseits von Universität und Fachhochschulen in praktischer Hinsicht unterstützt. Dabei ist vom kleinen Handwerksbetrieb bis zur großen Behörde jedes Unternehmen angesprochen. In ein- bis mehrmonatigen Orientierungsabschnitten erhalten die Teilnehmern innerhalb eines Jahres an verschiedenen sächsischen Standorten wertvolle Einblicke in potentielle berufliche Laufbahnen. Das erleichtert ihnen die Entscheidung für eine bestimmte Ausbildung. Unternehmen erhalten im Rahmen dieses Programms verbesserte Möglichkeiten, sich potentiellen Bewerbern zu präsentieren und im Vorfeld eines Ausbildungsvertrages aussichtsreiche künftige Mitarbeiter zu gewinnen und die Gefahr von Fehlinvestitionen im Ausbildungsbereich zu minimieren.

Da auch Minderjährige als Teilnehmer des Programms angesprochen werden sollen, müssen die Teilnehmer betreut werden. Es ist angedacht, an verschiedenen sächsischen Standorten in räumlicher Nähe zu mehreren Betrieben, die Orientierungsabschnitte

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

durchführen, Wohngemeinschaften von Teilnehmern zu organisieren, welche von Pädagogen des Programms betreut werden. Die Eigenverantwortlichkeit der Teilnehmer ist dabei stets zu befördern, sodass auf ein selbstständiges Leben vorbereitet wird.

Der Freistaat soll für den Großteil der Kosten des Programms aufkommen, ebenso für die Unterhaltung der zentralen Verwaltung, den Aufbau der erforderlichen Datenbank und die Bewerbung des Programms sowie Anmietung der Unterbringungen und Einstellung des Betreuungspersonals. Die Teilnehmer sollen ein Taschengeld erhalten. Die verbleibenden Kosten sind von den teilnehmenden Unternehmen aufzubringen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S005

Betr.: Für die Wirtschaftsmacht von nebenan – Ausbildungspolitik reformieren

Antragsteller: Jungliberale Aktion Sachsen

1 Die FDP Sachsen fordert eine Reform der Ausbildungspolitik. In Zeiten des
2 immer wieder beschworenen Fachkräfte- und Nachwuchsmangels von Seiten der
3 Wirtschaft, ist es notwendig auch von politischer Seite, der Ausbildung wieder
4 mehr Beachtung zu schenken. Hierbei muss grundlegend darüber nachgedacht
5 werden, wie junge Menschen für die Ausbildungsberufe wieder begeistert
6 werden können. Denn eine Ausbildung hat keinen geringeren Stellenwert als ein
7 Studium und hat dementsprechend dieselbe politische und gesellschaftliche
8 Beachtung verdient. Für uns ergeben sich hierbei folgende Forderungen um
9 dieses Ziel zu erreichen:

10 **1. Freiwilliges berufliches Jahr**

11 Ähnlich wie das Freiwillige soziale Jahr soll ein Freiwilliges berufliches Jahr
12 etabliert werden. In diesem sollen Teilnehmer ein Jahr lang in verschiedensten
13 Betrieben Praktika absolvieren, um in so viele Berufe wie möglich einen Einblick
14 zu erhalten. Dadurch ergibt sich für die Freiwilligen ein weiteres Jahr zu
15 Orientierung und für die teilnehmenden Betriebe eine Möglichkeit die Attraktivität
16 einer Ausbildung hervorzuheben.

17 **2. Erasmus Plus und Tippelei**

18 Im Studium ist die Idee von Erasmus und einem Auslandssemester bereits
19 bestens bekannt. In der Ausbildung besteht sie mit Erasmus Plus bereits auch
20 schon, ist aber verhältnismäßig unbekannt. Es muss gezielt schon während der
21 Ausbildung, beispielsweise in der Berufsschule, auf die Maßnahme eines
22 Auslandsaufenthaltes hingewiesen werden und diese gezielter beworben
23 werden.

24 Bezugnehmend auf den bedeutenden Wert der Tippelei (Wanderschaft)
25 nach der Lehrzeit in der europäischen Kulturgeschichte möchten wir diese
26 Tradition erhalten und wieder ausbauen. Auf diese soll bereits während der
27 Ausbildung gezielt vonseiten der Berufsschulen verwiesen werden.

28 **3. Berufsschulen**

29 Um die Ausbildung für die Zukunft fit zu machen, sind auch Berufsschulen
30 wichtig, die umfassend modernisiert sind. Es ist daher notwendig die
31 Digitalisierung auch dort umzusetzen. Ausreichend technische Mittel müssen
32 gestellt werden um die Azubis auf die moderne Arbeitswelt vorzubereiten.
33 Ebenso bedarf es für die Vorbereitung auf eine moderne Arbeitswelt auch
34 Lehrpläne, die diese Aktualität besitzen. Dementsprechend müssen die

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

35 Rahmenlehrpläne des Bundes häufiger erneuert werden. Wir lehnen die
36 generalistische Ausbildung nicht prinzipiell ab, es muss aber geprüft werden,
37 inwieweit die Verallgemeinerung verschiedener Berufsfelder sinnvoll ist. Dabei
38 sollte prinzipiell gefragt werden inwieweit die unterrichteten Inhalte für den
39 späteren praktischen Berufsalltag von Relevanz sind. Insbesondere müssen
40 diese auf eine mögliche zukünftige Selbständigkeit durch das Vermitteln
41 betriebswirtschaftlicher Fähigkeiten vorbereiten. Der Unterricht selber muss
42 möglichst im Blockunterricht umgesetzt werden, um eine bessere Urlaubs- und
43 Einsatzplanung für die Betriebe zu ermöglichen.

44 Prinzipiell soll für den Besuch
45 einer Berufsschule eine Bildungspflicht gelten, bei Nichterreichen grundsätzlicher
46 Lernziele soll aber die Schulpflicht greifen.

47 Auch nach dem Ende der Ausbildung
48 hört das Lernen nicht auf, weshalb Weiterbildungskurse ausgebaut werden
49 müssen. So kann in einer sich schnell verändernden Arbeitswelt auch für die
50 jeweiligen Berufstätigen ein lebenslanges Lernen garantiert werden.

51 **4. Weiterentwicklung der Meisterausbildung**

52 Wir wollen die historisch gewachsene Bedeutung des Meistertitels wahren. Für
53 die Kompetenz, Azubis auszubilden soll der Meistertitel nicht unbedingt eine
54 Voraussetzung sein, jedoch mindestens der Ausbilderschein. Wir sprechen uns
55 für eine finanzielle Förderung der Meisterausbildung nach Vorbild des BAföGs
56 für Studenten aus. Ebenso sollte es für die Gründung von Betrieben keine
57 Pflicht mehr sein einen Meisterbrief zu besitzen.

58 **5. Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)**

59 Um auch zukünftig für die Themen von Auszubildenden zu sensibilisieren muss
60 der rechtliche Rahmen für die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)
61 gestärkt werden. Beispielsweise muss es der JAV auch ermöglicht werden gezielt
62 ihre Arbeit an Berufsschulen zu bewerben. Außerdem streben wir ein
63 vollständiges Stimmrecht in allen Angelegenheiten für alle Vertreter der JAV in
64 den Betriebsräten an, z. B. durch einen Sitz im Betriebsrat, für welchen die
65 betriebseigenen Azubis ein exklusives Vorschlagsrecht haben.

66 **6. Fördermittel**

67 Um die Ausbildung wieder attraktiv zu machen, muss für diese eine bessere
68 Förderung etabliert werden. Daher müssen für Auszubildende und Studenten ein
69 weniger bürokratisches, elternunabhängiges Bafög mit gemeinsamen Sätzen
70 geschaffen werden.

71 Somit kann Auszubildenden eine gleichwertige finanzielle
72 Unterstützung geliefert werden, auf welche sie, sofern es je nach
73 Auszubildendengehalt nötig ist, zurückgreifen können. Im selben Zug gehört die
74 Berufsausbildungsbeihilfe abgeschafft. Außerdem sollten weitere Kosten, welche
75 sich durch die Ausbildungsauswahl ergeben, beispielsweise der Kauf von

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 3

76 speziellen Fachwerkzeug oder Schulgeld, zunächst von staatlicher Seite
77 übernommen werden. Mit dem Beenden der Ausbildung sollen die dabei
78 entstandenen Kosten, nachgelagert zurückgezahlt werden.

79 **7. Schulen**

80 Für die Vorbereitung auf das Berufsleben, soll das Bewerbungstraining einen
81 höheren Stellenwert einnehmen. Dies sollte für alle Schulformen gelten.

82 **8. Ermäßigungen**

83 Die für Studenten geltenden Ermäßigungen in öffentlichen Einrichtungen und im
84 ÖPNV sollen, wo noch nicht vorhanden, auch für Azubis Anwendung finden.

85 **9. Schulische Ausbildungen in duales System integrieren**

86 In Bereichen der bisherigen schulischen Ausbildung sollen alternativ staatliche
87 Berufsschulangebote geschaffen werden. Auch diese Gruppe der
88 Auszubildenden sollen zukünftig eine Ausbildungsvergütung erhalten. Dafür
89 muss die Struktur dahingehend verändert werden, dass jeder Azubi bei einem
90 Ausbildungsträger angestellt ist.

91

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S006

Betr.: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen - Für ein liberales Polizeigesetz

Antragsteller: Hai Bui, Benjamin Lange, Judith Münch, Maximilian König, Philipp Hartewig

1 Die FDP Sachsen setzt sich für eine freiheitliche Sicherheitspolitik ein, die sich
2 objektiv an der realen Bedrohungslage sowie der tatsächlichen Erfordernisse und
3 maßvollen Konsequenz sanktionierender Maßnahmen orientiert.

4 Staatliches Handeln darf nicht von Ängsten oder Empfindungen geleitet sein,
5 sondern muss der wirklichen Risikolage entsprechen. Für uns ist die Freiheit des
6 Einzelnen Grund und Grenze unseres politischen Handelns. Eine angemessene
7 Herstellung von Sicherheit durch universelle Rechtsdurchsetzung sowie effektive
8 Verbrechensprävention ist für uns nur durch eine klare Linie in der sächsischen
9 Sicherheitspolitik durchführbar.

10 **Erster Teil: Kritik an geplanter Polizeirecht-Novelle**

11 Viele der bisher bekannten von der Regierungskoalition geplanten
12 Verschärfungen des Polizeirechts lehnen wir ab. Konkret positioniert sich die FDP
13 Sachsen wie folgt:

14 **1. Ausrüstung von Spezialeinheiten mit Maschinengewehren, Sprenggranaten** 15 **und "neuer Munition"**

16 Wir erachten eine Militarisierung der Polizei als falsch und lehnen
17 Sprenggranaten grundsätzlich ab. Die Aufgabe einer zivilen Polizei liegt zunächst
18 darin gefährliche Personen angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Unkontrolliert
19 tödlich wirkende Waffen können dazu aber in keiner Art und Weise einen
20 Beitrag leisten und widersprechen klar dem Leitbild einer zivilen Polizei. Dagegen
21 können Maschinengewehre in Ausnahmesituationen ein adäquates Mittel für
22 Spezialeinheiten darstellen.

23 Alternativen:

24 a) Hingegen betrachten wir nicht tödliche Waffen und Munition wie z. B.
25 Elektroschock-Taser, als sinnvolle Ergänzungen zur Handfeuerwaffe um diese
26 Aufgabe zu erfüllen.

27 b) Auch den Einsatz von Elektroschockwaffen (Tasern) lehnen wir aufgrund
28 seiner potenziell stark gesundheits- und lebensgefährdenden Wirkung für
29 Herzpatienten ab. Dagegen sehen wir den Einsatz von Gummigeschossen als
30 potenziell wirkungsvolle Waffe an.

31

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

32 **2. Kameraüberwachung**

33 Die Kameraüberwachung soll gezielt an kritischen Positionen eingesetzt werden,
34 um auf kriminelle Entwicklungen reagieren zu können. Eine flächendeckende
35 Überwachung lehnen wir ab. Den automatischen Abgleich von
36 personenbezogenen Daten (wie z. B. der Gesichtserkennung), sehen wir als
37 keinen Beitrag zu mehr Sicherheit, sondern lediglich als einen Beitrag zum
38 Überwachungsstaat. Eine automatische anlasslose sachsenweite
39 Kennzeichenüberwachung lehnen wir ab. Dieser Beschluss ersetzt den
40 Beschluss "Für eine freie und eigenverantwortliche Gesellschaft ohne
41 Kameraüberwachung!" vom 40. JuliA-Landeskongress.

42 **3. Kontrollbereiche**

43 Kontrollbereiche, in welchem Grundrechte für Bürger eingeschränkt werden,
44 lehnen wir entschieden ab. Dies ist nicht mit unserem Verständnis von
45 Bürgerrechten vereinbar. Die Möglichkeit einer nichtöffentlichen Bekanntgabe von
46 Kontrollbereichen (heimliche Kontrollbereiche), ist insbesondere eine falsche
47 Maßnahme in Bezug auf die Transparenz zwischen Staat und Bürger.

48 **4. Aufenthaltsverbote und -gebote**

49 Aufenthaltsverbote sind für uns ein probates Mittel im Bereich der polizeilichen
50 Standardmaßnahmen.

51 Alternativen:

52 a) Dagegen lehnen wir Aufenthaltsgebote aufgrund des ungleich massiveren
53 Grundrechtseingriffes ab.

54 b) Auch Aufenthaltsgebote, bei denen gefährlich eingestufte Personen auf
55 bestimmte Gebiete beschränkt werden können, sollen künftig mit einer
56 maximalen Dauer von drei Monaten und strengen Voraussetzungen verhängt
57 werden können.

58 Beide bedürfen nach unserer Auffassung zwingend eines richterlichen
59 Vorbehaltes. Wir lehnen den Einsatz von elektronischen Fußfesseln ab.
60 Fußfesseln sind weder technisch zur Zielerreichung geeignet noch insgesamt
61 aufgrund des starken Eingriffs in die Bürgerrechte für uns unverhältnismäßig.

62 **5. Überwachung von Kommunikation**

63 Wir lehnen jegliche Überwachung von privater nichtöffentlicher Kommunikation
64 ab. Insbesondere sprechen wir uns gegen die Überwachungsformen des
65 Abhörens und Unterbrechens von Telefongesprächen sowie privater Chats aus,
66 da hier auch in die Privatsphäre Unbeteiligter eingegriffen werden kann.
67 Ansonsten sehen wir die Nutzung von sozialen Netzwerken zur Aufklärung von
68 Straftaten, Bereitstellung von Informationen von Bürgern oder für die Interaktion
69 als bedenkenlose Maßnahme an. Dabei ist jedoch immer auf die Einhaltung des
70 Datenschutzes und die Wahrung der Unschuldsvermutung zu achten.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 3

71 6. Überwachung von Journalisten und Beratungsstellen

72 Die Überwachung von Journalisten erachten wir, selbst in Ausnahmefällen mit
73 hohen rechtlichen Hürden, als ein kritisches Mittel in Bezug auf die damit
74 einhergehende eingeschränkte Pressefreiheit. Auch der Überwachung von
75 anderen Berufsheimnisträgern stehen wir höchst kritisch gegenüber.

76 7. Körperliche Untersuchungen und Blutproben

77 Körperliche Untersuchungen und Blutproben im Rahmen der polizeilichen
78 Gefahrenabwehr lehnen wir ab. Diese sollen dem strafrechtlichen
79 Ermittlungsverfahren vorbehalten bleiben. Eine Ausnahme bildet das Röntgen,
80 welches wir auch außerhalb des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens als
81 angemessen betrachten. Davon abgesehen reichen die bisherigen Kompetenzen
82 der körperlichen Durchsuchung (Kleidung, Körperoberfläche, Körperhöhlen wie
83 Mund und Ohren) für die Gefahrenabwehr aus.

84 8. Alkoholverbote

85 Wir lehnen Alkoholverbote für öffentliche Plätze generell ab. Diese lösen nicht
86 die Probleme des unverantwortlichen Konsums von Alkohol, sondern verlagern
87 nur ihre Lokalität.

88 9. Beschwerdestelle

89 Einen unabhängigen Polizeibeauftragten, orientiert am bereits bestehenden
90 Wehrbeauftragten der Bundeswehr, halten wir für einen richtigen Ansatz um
91 Probleme innerhalb der Polizei vereinfacht ansprechen zu können. Dieser muss
92 gewährleisten das sowohl Bürger als auch Polizisten anonym Hinweise auf
93 mögliches Fehlverhalten von Polizisten geben können.

94

95 Zweiter Teil: Weitere Forderungen

96 1. Begriff der drohenden Gefahr

97 Wir lehnen den Rechtsbegriff der drohenden Gefahr ab. Durch diesen sind
98 massive Überwachungsmaßnahmen möglich, welche ohne konkreten Tatverdacht
99 durchgeführt werden dürfen.

100 2. Ablehnung Muster-Polizeigesetz

101 Wir wollen das Polizeirecht als Länderkompetenz erhalten und sprechen uns im
102 Sinne des Subsidiaritätsprinzips gegen den Plan der Schaffung eines detailliert
103 ausgearbeiteten Muster-Polizeigesetzes durch die Innenministerkonferenz aus,
104 durch das ein Vereinheitlichungsdruck auf die Bundesländer erreicht werden soll.
105 Dies geht über die sonst üblichen Abstimmungen im Rahmen der
106 Innenministerkonferenz weit hinaus.

107

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 4

108 **3. Kennzeichnungspflicht**

109 Jedem Polizeibeamten soll vor einem Einsatz eine wechselnde, temporäre
110 Nummer zugeordnet werden, die deutlich erkennbar auf der Uniform angebracht
111 wird. Diese Zuordnung soll für einen begrenzten Zeitraum gespeichert werden.
112 Dieser Beschluss ersetzt den Beschluss "Einsatzkennung für Polizisten" vom 46.
113 JuliA-Landeskongress.

114 **4. Bodycams**

115 Um die Transparenz auf Seiten der Polizei gegenüber dem Bürger zu
116 verbessern und auch auf mögliches Fehlverhalten der Polizisten reagieren zu
117 können, fordern wir die Einführung von Bodycams während der Durchführung
118 von Polizeieinsätzen. Diese müssen klar erkennbar an der Uniform angebracht
119 werden. Die daraus resultierenden Aufnahmen dürfen nur für den internen
120 Gebrauch zur Aufklärung zum Einsatz kommen, nicht aber für
121 Schulungszwecke. Außerdem können die Aufnahmen auch verwendet werden
122 um bei beobachteten Straftaten als Beweismittel zu dienen. Die Aufnahmen
123 dürfen bis zu zwei Monate gespeichert werden.

124 **5. Aufzeichnung von Bild- und Tonaufnahmen aus Gewahrsamszellen**

125 Die Aufzeichnung von Bild- und Tonaufnahmen aus Gewahrsamszellen sehen
126 wir nur bei offensichtlicher Gefahr für Leib und Leben der betroffenen Person als
127 verhältnismäßig an. Die Überwachung darf nur von Personen gleichen
128 Geschlechts erfolgen. Die Aufzeichnungen dürfen nicht gespeichert werden.
129 Aufgrund der Notwendigkeit kurzfristiger Entscheidungen sind diese
130 Aufzeichnungen ohne richterlichen Beschluss durchzuführen.

131 **6. Keine Identitätsfeststellung in der Nähe von Prostituierten**

132 Der Entwurf der Polizeirechtsreform hat Identitätsfeststellungen in der Nähe von
133 Prostituierten nicht mehr aufgenommen. Diesen Schritt begrüßen wir
134 ausdrücklich. Der bloße Aufenthalt an einem Ort, von dem auf Grund von
135 Tatsachen erfahrungsgemäß anzunehmen ist, dass dort regelmäßig Personen
136 der Prostitution nachgehen darf als Grund für eine Identitätsfeststellung nicht
137 mehr ausreichen. Wenn ein Verdacht auf eine konkrete Gefahr vorliegt ist die
138 Identitätsfeststellung über eine andere Kompetenznorm ohnehin möglich.

139 **7. Gegen des Einsatz von V-Leuten im Rahmen der Gefahrenabwehr**

140 Zwischen Nachrichtendiensten und Polizei soll eine klare Trennung bestehen.
141 Deswegen lehnen wir den Einsatz von V-Leuten im polizeilichen Bereich ab.

142 **8. Strukturelle Reformen und Vernetzung**

143 Wir bekennen uns zur föderalen Organisation der Polizei in Deutschland,
144 möchten aber gleichzeitig die wechselseitige Kommunikation und Kooperation
145 des Landeskriminalamtes (LKA) des Freistaates Sachsen mit den LKÄ der
146 umliegenden Bundesländer und der Nachbarstaaten Tschechien und Polen

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 5

147 auszubauen und die gegenseitige Kompatibilität der Ausstattung bei
148 Anschaffungen zu gewährleisten.

149 Darüber hinaus muss die Terrorismusbekämpfung als drängende
150 Schlüsselkompetenz und -aufgabe künftig in den Zuständigkeitsbereich des
151 Bundeskriminalamtes (BKA) fallen. Die zuständigen Abteilungen in den LKÄ und
152 den lokalen Polizeibehörden, die hier bislang wesentlich in der Verantwortung
153 stehen, sollen dem BKA nachgeordnet werden.

154 **9. Sicherheitswacht**

155 Mittelfristig sehen wir in der sächsischen Sicherheitswacht eine sinnvolle
156 Ergänzung der Polizei an. Langfristig soll die verbesserte personelle Ausstattung
157 der Polizei dazu führen, dass die Aufgaben der sächsischen Sicherheitswacht
158 wieder von der originären Polizei übernommen werden. Im Ländlichen Raum
159 sollen mobile Polizeistellen geschaffen werden, die in Form eines kleinen
160 Polizeibusses z. B. für eine Stunde als Anlaufstelle für die Bürger dienen sollen.

161 **10. Jugendprävention**

162 Bei Mehrfachtätern ist es notwendig, Schulen, Eltern, Jugendämter und Polizei
163 besser miteinander zu vernetzen, um Informationen zusammenzutragen und
164 damit gezielter reagieren zu können. Soweit vorhanden können
165 Schulsozialpädagogen eine Koordinierungsfunktion übernehmen. Außerdem ist
166 ein Vertrauensschüler durch den Schülerrat zu ernennen.

167 **11. Moderne Präventionsmaßnahmen**

168 Regelmäßige digitale Fortbildungen müssen im sächsischen Polizeibetrieb Pflicht
169 werden. Die Methode des Predictive Policing begrüßen wir i. S. einer
170 digitalisierten Verbrechensbekämpfung sehr, fordern aber die klare Beschränkung
171 derselben auf aggregierten Daten, um Daten und Bürger vor staatlicher
172 Überwachungs Willkür zu schützen.

173 **12. Einbruchsprävention**

174 Auch für die verbesserte Aufklärung von Einbruchdelikten ist eine verbesserte
175 personelle Ausstattung Grundvoraussetzung um Präsenz in gefährdeten
176 Gebieten zeigen zu können. Hinzu kommt, aufgrund der vergleichsweise diffizilen
177 Aufklärungsarbeit, eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit der Polizei über
178 Maßnahmen des Eigentumsschutzes, die über einfache Maßnahmen der
179 Sicherung, die Förderungsmöglichkeiten von Alarmanlagen beraten soll. Ein
180 Baustein der Öffentlichkeitsarbeit sollen von der Polizei angebotene
181 Sicherheitsseminare darstellen.

182

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S007

Betr.: Freiheit braucht Verantwortung – Leitlinien einer liberalen Nachhaltigkeitspolitik

Antragsteller: Hai Bui, Benjamin Lange, Judith Münch, Maximilian König, Philipp Hartewig

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 Im stetigen Bewusstsein der politischen Herausforderungen der Zukunft fordern
3 die Freien Demokraten einen zeitgemäßen und marktwirtschaftlichen
4 Paradigmenwechsel in der Bewältigung des Klimawandels und anderer
5 ökologischer Fehlentwicklungen. Dabei setzen wir verstärkt auf Freiheit statt
6 Bevormundung, Technologieoffenheit statt -vorgabe und eine Stärkung der
7 individuellen Grundverantwortung jedes Einzelnen. Konkret schlagen die Freien
8 Demokraten daher eine politische Umsetzung folgenden Maßnahmenkatalogs
9 vor:

10 **I. Mehr Markt, weniger Klimanationalismus – Internationale Kooperation** 11 **stärken**

12 Die FDP bekennt sich ausdrücklich zu einem nachhaltig lebenswerten Planeten
13 und zu den Pariser Klimazielen.

14 Zur Erreichung dieser Ziele vertrauen wir in erster Linie auf die Steuerungskraft
15 des Marktes. Im Bereich der Energiepolitik wollen wir daher das Europäische
16 Emissionshandelssystem (EU ETS) sektorübergreifend ausbauen und langfristig
17 zu einem globalen Handlungsansatz („Global Emissions Trading System
18 (GETS)“) weiterentwickeln. Dieser soll zukünftig alle emissionsintensiven
19 Branchen und alle bekannten Treibhausgase umfassen. Dies betrifft ausdrücklich
20 auch den Verkehr zu Land, Wasser und in der Luft sowie die Landwirtschaft und
21 deren Methanemissionen.

22 Zur Sicherstellung wirksamer CO₂-Resorptionsflächen ist langfristig eine
23 internationale völkerrechtliche Verständigung auf ein globales Forstziel nach dem
24 Vorbild der deutschen 2% Wildnis-Initiative anzustreben. Deutschland soll hierbei
25 mit gutem Beispiel vorangehen und darf sich einer Debatte zum Aufkauf zu
26 schützender und/oder rückaufzuforstender Regenwaldflächen nicht verweigern.

27 **II. Fehlanreize abbauen, Energiemarkt nachhaltig ausgestalten**

28 Um die Marktmechanik des nachweislich erfolgreichen Zertifikatehandels weiter
29 zu stärken, setzt sich die FDP sowohl für eine umfassende Senkung der
30 Stromsteuer als auch für einen vollständigen Abbau aller strommarktverzerrender
31 Subventionen bspw. für energieintensive Industrien ein.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

32 Ein gemeinsamer europäischer Energiemarkt wird angestrebt. Einseitige
33 nationale Alleingänge wie die viel diskutierte CO2-Steuer lehnen wir ab.

34 Die durch das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) regulierte EEG-Umlage ist als
35 marktverzerrendes Instrument umgehend abzuschaffen.

36 **III. Internationalen Agrarmarkt entfesseln, staatliche Falschentwicklung** 37 **korrigieren**

38 Im Sinne einer gestärkten lokalen und emissionsarmen Lebensmittelproduktion
39 sowie eines entzerrten, fairen und freien gemeinsamen Agrarmarktes sind alle
40 derzeit existierenden europäischen und nationalen Agrarsubventionen nach
41 neuseeländischem Vorbild im Laufe von zwei Jahrzehnten vollständig
42 abzuschaffen.

43 Den Einsatz gentechnologischer Verfahren wie CRISPR/Cas bei der Erforschung
44 und Entwicklung von düngungs- und pestizideffizienten GM-Pflanzen betrachten
45 wir als einen der zentralen Schlüssel zu einer gleichsam sichereren wie weniger
46 umweltbelastenden Agrarwirtschaft und stehen ihrer weiteren Felderprobung
47 daher sehr aufgeschlossen gegenüber.

48 **IV. Forschung und Wissenschaft stärken, technologieoffenen Wettbewerb** 49 **beflügeln**

50 Eine besondere Rolle zur nachhaltigen Ausgestaltung des Energiemarktes wird
51 der Entwicklung dezentraler Energieversorgungsmethoden und sog.
52 Power-to-X-Verfahren zukommen. Die Forschung hierzu soll daher besser
53 ausfinanziert werden. Hierzu zählt auch die technologieoffene Erforschung
54 emissionsarmer Mobilitätsmöglichkeiten bspw. durch Wasserstoff- oder
55 Methanverbrennung.

56 Technologien zur Filterung von Rauchgasen, die bei der Verbrennung fossiler
57 Brennstoffe anfallen, sind voranzutreiben; solchen der atmosphärischen wie
58 nicht-atmosphärischen CO2-Speicherung, -resorption und -abbau etwa durch
59 Carbon-Capture-Systeme (CCS) stehen wir unterstützend gegenüber. Die
60 politisch gewollte Bevorzugung bestimmter Technologiearten lehnen wir ab.

61 Hysterische Denk- oder Einsatzverbote bei der Erprobung, Realisierung und
62 Modernisierung von AKW lehnen wir in Hinblick auf die hervorragende
63 Emissionsbilanz dabei ebenso ab wie das derzeitige Verbot der
64 Wiederaufbereitung atomaren Mülls.

65 **V. Regionale Verantwortung stärken – für ein nachhaltiges Sachsen**

66 Im Kontext der regionalen Verankerung einer nachhaltigkeitsorientierten Politik
67 kommt den Kommunen eine tragende Schlüsselrolle zu.

68 Insbesondere Städte tragen hierbei eine große emissionspolitische
69 Verantwortung. Kommunale und sächsische Initiativen zur Ausweitung von
70 Dachbegrünung und Urban-Gardening-/Kleingartenflächenstrukturen begrüßen

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 3

- 71 wir daher ausdrücklich. Im Kontext des ländlichen Raumes befürworten wir lokale
72 Selbstverpflichtungen zur flächenanteiligen Vorhaltung von Wildwiesen.
- 73 Den Freistaat Sachsen halten wir zu einer Sicherstellung ökologischer
74 Lehrinhalte im Programm des Sachkunde- und Schulgartenunterrichts zur
75 kindlichen Sensibilisierung für ein nachhaltiges Denken und Handeln an.
- 76 Dabei soll ein gewisser Anteil an insekten- und hierbei insbesondere
77 bienenfreundlichen Blühpflanzen sowie Wildwiesen innerhalb der Schulgärten
78 sichergestellt und in Form von Lehrbiotopen nutzbringend didaktisch verwendet
79 werden.
- 80 Die weitere Erforschung und Anwendung von insektenfreundlichen und weniger
81 lichtverschmutzenden Nachtbeleuchtungsvorrichtungen wie bspw. Laternen
82 erachten wir als förderungswürdige technologische Innovation.
- 83 Marode Flächenfeldversiegelungen, etwa durch Brachstraßen, die eine
84 vollständige Renaturierung von Landschaftsflächen in aussterbenden
85 Schrumpfungsbereichen verunmöglichen, sollen durch Rückbauvorhaben
86 sukzessive abgebaut werden.
- 87 Sächsische Gewässerpflege soll künftig verstärkt mit Augenmaß und Hand in
88 Hand mit den Kommunen durchgeführt werden. Die Herstellung oder
89 Beibehaltung der Durchlässigkeit für Wanderfische muss dabei eine Priorität sein.
90 Weiterhin ist die Wasserqualität langfristig weiter zu verbessern. Hierbei sollen
91 insbesondere Angelvereine als Kooperationspartner fungieren und entsprechend
92 mit Expertise zur Seite stehen.
- 93 Wir Freie Demokraten erkennen die Bedeutung von Biodiversität und des damit
94 einhergehenden strategischen Erhalts von natürlichen Lebensräumen an. Wir
95 fordern vor diesem Hintergrund ein kluges Artenerhaltungsmanagement im
96 ländlichen Raum, insbesondere im Kontext der Landwirtschaft. Hierbei setzen wir
97 in erster Linie auf Aufklärung und Eigeninitiative, wissen jedoch auch um die
98 Notwendigkeit punktueller politischer Korrekturen in gebietsbezogenen
99 Interessenskonflikten. Maßnahmen hierfür sind unter breitem Einbezug der
100 Öffentlichkeit, etwa von Bürgerinitiativen, Unternehmen und Vereinen in jedem
101 Einzelfall abzuwägen und laufend zu evaluieren.
- 102 Die Wiederansiedlung von ehemals heimischen Raubtieren wie Wölfen und
103 Bären begrüßen wir sehr und möchten diese mit einer Aufnahme in das
104 Jagdrecht ebenso bevölkerungsfreundlich wie auch im Sinne effektiver
105 Bestandskontrolle konstruktiv begleiten. Bioinvasive Schädlinge wie der
106 Waschbär oder Mink sind im Landesjagdrecht zum Abschuss freizugeben. Die
107 Wiederherstellung von Feldrainen als artenreiche Biotop begrüßen und
108 empfehlen wir.
- 109 **VI. Verbote verbieten – Für eine nachhaltige Richtlinienpolitik mit Augenmaß**
- 110 Im Bereich der Umweltpolitik vertreten wir die Vision einer liberalen
111 Marktwirtschaft, die Anreize für einen schonenden Umgang mit natürlichen

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 4

112 Ressourcen setzt. Pauschale Restriktionen und Verbote treten dabei in den
113 Hintergrund und sind nur bei äußerster Gefährdung der medizinischen oder
114 ökologischen Sicherheit zu erwägen. Ein pauschales EU-weites Verbot etwa von
115 Plastikeinwegbesteck wie Trinkhalmen lehnen wir dabei zugunsten einer
116 besseren materialwirtschaftlichen Aufarbeitung ab.

117 Hierfür sind die bewährten Verfahren der Mülltrennung beizubehalten und
118 umfassend auszugestalten. Durch gezielte Wieder- oder Anschlussverwendung
119 von Wertstoffen können Grenzen der Rohstoffverfügbarkeit verschoben werden.

120 Überdies stellen wir uns gegen das Verbot, den Fahrzeugmotor im Winter im
121 Stand laufen zu lassen und möchten die damit verbundene Ordnungswidrigkeit
122 samt Bußgeld abschaffen.

123

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S008

Betr.: Den Funken überspringen lassen - Wissens- und Technologietransfer langfristig sichern

Antragsteller: LFA Wissenschaft, Hochschule, Innovation

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 Sachsen hat eine leistungsstarke Forschungslandschaft mit hervorragendem Ruf.
3 An 16 Hochschulen forschen und lehren mehr als 20.000 Wissenschaftler in den
4 unterschiedlichsten Fachgebieten. Hinzu kommen neun freie Hochschulen,
5 sieben Studienakademien und über 50 außeruniversitäre
6 Forschungseinrichtungen mit einer Themenvielfalt, die in den ostdeutschen
7 Bundesländern einmalig ist. Drei genehmigte Cluster in der letzten Phase der
8 Exzellenzinitiative des Bundes untermauern das große Renommee der
9 sächsischen Wissenschaft.

10 Unsere Gesellschaft soll umfassend von dem Wissen und der Innovationskraft
11 seiner Wissenschaftler profitieren. Ergebnisse der hervorragenden
12 Forschungsarbeit müssen - soweit sinnvoll möglich - den Weg in die
13 gesellschaftliche und wirtschaftliche Anwendung finden. Keine sächsische
14 Innovation sollte daran scheitern, dass sie unbekannt in den Schubladen unserer
15 Hochschulen einstauben.

16 Die FDP Sachsen versteht Wissens- und Technologietransfer als einen wichtigen
17 Standortfaktor, der für den wirtschaftlichen Erfolg des Freistaates unerlässlich ist.
18 Vor allem bei mit öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsprojekten ist eine
19 funktionierende Transferstrategie Pflicht. Daher wollen wir eine fundierte,
20 landesweit abgestimmte, effiziente und erfolgreiche Transferpolitik, mit der die
21 Ergebnisse sächsischer Forschung schnell und bürokratiearm in die Anwendung
22 überführt werden.

23 Wir wollen deshalb die bestehenden Transferstrukturen langfristig absichern und
24 gezielt ausbauen. Dafür soll in den Zielvereinbarungen der Hochschulen mit dem
25 SMWK und in Projektbewilligungen dem Bereich Wissens-/Technologietransfer
26 ein größerer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Die Wissenschaft muss in
27 die Lage versetzt werden, von Anfang an Verwertungsstrategien zu erarbeiten
28 und erfolgreich umzusetzen.

29 Wir wollen in Sachsen die Zukunftsinvestitionen in Forschung und Innovation bis
30 2025 auf 3,5 Prozent steigern, um die zu erwartenden geringeren europäischen
31 Fördermittel für Sachsen und das Auslaufen des Solidarpaktes abzufedern.
32 Gerade diese kommenden Umbrüche im sächsischen Landeshaushalt fordern
33 größere Anstrengungen bei der Innovationsförderung, wenn wir den derzeitigen
34 Standard halten wollen.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

35 Wir unterstützen die Initiative der FDP-Bundestagsfraktion zur Einführung einer
36 technologieoffenen steuerlichen Forschungsförderung. Damit wird es auch für
37 kleinere Unternehmen attraktiver, eigene Forschungsprojekte durchzuführen, die
38 ihr Angebot erweitern und/oder Kosten ihrer Produkte senken. Außerdem fordern
39 wir auf allen Ebenen eine schnellere Anpassung bestehender Gesetze an
40 moderne Technologien und Prozesse, beispielsweise Digitalisierung, neue
41 Formen der Kommunikation, Interaktion und Mobilität.

42 Transfer bedeutet für uns nicht nur die Verwertung von Patenten. Wir wollen,
43 dass auch Selbstständige, Angestellte, Unternehmer, Handwerker und
44 Dienstleister von den neuesten Erkenntnissen sächsischer
45 Forschungseinrichtungen umfassend profitieren können. Dafür setzen wir auf
46 einen stärkeren Ausbau von Weiterbildungsangeboten, Wissensmarketing und
47 der Verwertung von sogenannter "nichtmonetären" Produkte an den Hochschulen
48 des Freistaates. Die bisher bestehenden bürokratischen Beschränkungen wollen
49 wir konsequent abbauen.

50 Zusätzlich wollen wir E-Learning-Angebote an den Hochschulen sehr viel stärker
51 als bisher auszubauen. Die Dozenten sollen in die Lage versetzt werden, ihre
52 Lehrinhalte digital anbieten zu können und Studenten die Teilnahme an Kursen
53 und bestimmte Abschlüsse mittels digitaler Kommunikation zu ermöglichen. Dazu
54 wollen wir Leistungen zur Konzeption und Umsetzung von e-learning-Angeboten
55 auf die Lehrdeputate der Professoren anrechnen und den Lehrenden
56 professionelle Ressourcen bereitstellen.

57

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S009

Betr.: Freie Technik für freie Forscher - Sachsens Modernisierer unterstützen

Antragsteller: LFA Wissenschaft, Hochschule, Innovation

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 Die FDP Sachsen setzt sich für den Aufbau einer Angebotsplattform für
3 abgeschriebene und nicht mehr benötigte Maschinen, Mobiliar, Werkzeuge und
4 ähnlichem der sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein. Damit
5 sollen freien Werkstätten (Makerspaces / FabLabs) und außeruniversitäre
6 Vereine als Schnittstelle zwischen Hochschulforschung und innovativer Wirtschaft
7 die Möglichkeit erhalten, ausgemusterte, aber noch einsatzfähige Maschinen zu
8 erwerben, die jungen Entwicklern und Start-Ups bei ihren ersten Schritten
9 weiterhelfen können. Bisher finden solche Ausmusterungen in der Regel
10 unkoordiniert statt, ohne dass interessierte gemeinnützige Organisationen oder
11 Vereine zur Unterstützung innovativer freier Forschung davon erfahren.

12 Außerdem setzen wir uns für einen vereinfachten Zugang und Abrechnung des
13 universitären Maschinenparks ein. Studenten und auch hochschulfremde
14 Entwickler sollen für Experimente und zur Prototypenentwicklung außerhalb von
15 Forschungsprojekten unkompliziert Zugang zu den Maschinenparks von
16 Hochschulen erhalten. den bisher dafür notwendigen immensen bürokratischen
17 Aufwand wollen wir abschaffen und den Hochschulen entsprechende Angebote
18 erleichtern.

19 Darüber hinaus wollen wir eine Vernetzung der freien MitMachWerkstätten, wie
20 z. B. Makerspaces, FabLabs oder ähnliches, vorantreiben und Kooperationen
21 anregen. Maschinen und Knowhow sollen in so einem Netzwerk von allen
22 gemeinsam genutzt werden und somit finanzielle Mittel effizienter eingesetzt
23 werden.

24

Begründung:

Innovationen, Start-Ups und Erfindungen werden nicht nur in Hochschulen generiert, sondern auch auf dem freien Markt oder von kreativen Köpfen in ihrer Freizeit. Die Entwicklung neuer Ideen und innovativer Ansätze erfordert jedoch mit zunehmender Technologiedichte einen nicht zu unterschätzenden finanziellen Aufwand für Prototypenentwicklung und Funktionstests. Auf der anderen Seite mustern Hochschulen häufig Anlagen aus abgelaufenen Projekten aus, die für die kleineren Vereine von unschätzbarem Wert sind. Leider erfahren die Vereine selten von den Ausmusterungen, so dass sie bisher nur durch Zufall oder viel Glück und verbunden mit erheblichem bürokratischen Aufwand solche Gerätschaften ergattern können. Das wollen wir ändern, da

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

Equipment, das die Hochschulen ausgemustert haben, aber für die Umsetzung neuer Ideen notwendig ist, den sächsischen Erfindergeist direkt stärken würde. Gemeinnützige Organisationen und Vereine sollen dabei einen gewissen Vorrang bekommen, um eine Benachteiligung im Bieterwettbewerb zwischen Privatpersonen oder Unternehmen zu verhindern.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Antrag S010

Betr.: Für eine neue politische Kultur des Respekts – Klare Haltung in herausfordernden Zeiten

Antragsteller: Landesvorstand

1 Der Mut und das Eintreten der sächsischen Bürgerinnen und Bürger für Freiheit,
2 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ebneten 1989 ganz wesentlich den Weg zur
3 deutschen Einheit und zur Überwindung der Spaltung Europas. Mit der
4 Wiedergründung des Freistaates konnte Sachsen an seine frühere Tradition
5 anknüpfen und später zum ostdeutschen Vorbild als erfolgreiches Bundesland
6 werden.

7 Doch die Zeiten in Sachsen haben sich gewandelt. Ungeachtet einer positiven
8 wirtschaftlichen Entwicklung erlebt unsere Gesellschaft eine zunehmend
9 aggressive Grundstimmung, Gewalttaten von rechten und linken politischen
10 Kräften sowie einen Verlust an Debattenkultur. Das Land erscheint zunehmend
11 gespalten – nicht nur in der Frage der Flüchtlingspolitik.

12 Die Landtagswahl im kommenden Jahr wird ganz wesentlicher darüber
13 entscheiden, wohin sich Sachsen entwickelt.

14 Für uns als Freie Demokraten ist klar: Wir sehen das Sachsen der Zukunft als
15 erfolgreiches und dynamisches Land, als Land der Chancen mit Perspektiven für
16 die Bevölkerung in allen Landesteilen, als Land des kritischen Diskurses und als
17 Land des gegenseitigen Respekts. Um die Herausforderungen der Zukunft zu
18 lösen, braucht es sowohl Optimismus als auch Realismus, aber vor allem eine
19 starke Stimme der Mitte.

20 **Neue Debattenkultur statt Aggressivität**

21 Sachsen galt viele Jahre als ostdeutsches Musterland. Stabile politische
22 Verhältnisse haben zunächst dazu beigetragen. Über die Zeit entwickelte sich
23 jedoch eine zunehmende Lähmung der Diskussions- und Debattenkultur. Teile
24 der Bevölkerung fühlten und fühlen sich mit ihren Anliegen von Regierung und
25 politischen Akteuren nicht mehr ernst genommen. Daran haben auch die
26 Parteien und insbesondere die sächsische CDU ihren Anteil.

27 Wir brauchen den Mut, alle gesellschaftlichen Fragen offen zu diskutieren. Dabei
28 darf es keine Debatten- und Denkverbote geben, solange sich die Diskussionen
29 im Rahmen von Recht und Gesetz bewegen. Wir Freie Demokraten stehen
30 dafür, gesellschaftliche Debatten aktiv zu führen – beispielsweise in Schulen,
31 Parlamenten und Bürgerversammlungen.

32 Wir wollen die Bürger stärker ermutigen, sich einzumischen und zu engagieren.
33 Demokratie wird nicht durch Zuschauen stärker, sondern nur durch Mitgestaltung.
34 Wir wollen weder die Straße noch die politische Landschaft den Rändern

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 2

35 überlassen. Die Stimme der vernunftorientierten Mitte muss lauter werden.
36 Zugleich stellen wir uns gegen die Ausgrenzung gewählter Volksvertreter und ein
37 Absprechen derer demokratischen Legitimation. Eine freiheitliche Demokratie
38 muss auch Zumutungen aushalten können.

39 **Offenes Sachsen mit klaren Regeln**

40 Kein Thema hat die sächsische Bevölkerung in jüngerer Zeit derart gespalten
41 wie die Flüchtlingspolitik. Wir wissen um die Bedeutung einer geregelten
42 Zuwanderung, wir wissen aber auch um die Konflikte und Probleme einer
43 unkontrollierten Migration.

44 Sachsen war in seiner Geschichte immer ein Land, das Künstler, Architekten,
45 Handwerker und viele andere aus verschiedenen Teilen Europas angezogen hat.
46 Insbesondere Dresden als beeindruckende Residenzstadt und Leipzig als
47 Handelsmetropole würde es ohne den internationalen Einfluss nicht geben. Für
48 uns ist klar: Wer zu uns kommt, muss sich an unsere Hausordnung halten. Wir
49 wollen den Menschen Chancen ermöglichen, für sich und unser Land Wohlstand
50 zu schaffen – unabhängig von Herkunft oder Glaube. Deshalb brauchen wir
51 endlich ein Einwanderungsgesetz mit klaren Zuwanderungskriterien. Wir sind
52 solidarisch, aber nicht beliebig. Wer die freiheitlichen Werte unseres Landes
53 missachtet, wer Straftaten begeht und Respektlosigkeit gegenüber unserer
54 Lebensweise zeigt, ist bei uns ausdrücklich nicht willkommen.

55 **Respekt ist keine Einbahnstraße - Mehr Vertrauen in den Bürger**

56 Eine Respektgesellschaft entsteht nur mit Vertrauen in den Einzelnen und
57 Wertschätzung jedes Bürgers von Seiten der Politik. Dazu gehören für uns Freie
58 Demokraten insbesondere der Schutz individueller Persönlichkeitsrechte, das
59 Gewähren von möglichst viel Eigenverantwortung und Vertrauen in die
60 Fähigkeiten der Bürger.

61 Gute Politik ist für uns eine Frage der Wertschätzung. Respekt vor der Leistung
62 jedes Einzelnen zeigt man nicht mit Steuererhöhungen, bevormundender
63 Bürokratie und vernachlässigter Infrastruktur. Gute Politik zollt dem Bürger
64 Respekt, indem sie es dem Bürger von unnötigen Lasten befreit und das leistet,
65 wofür sie zwingend zuständig ist - zum Beispiel eine moderne Infrastruktur,
66 Sicherheit und beste Bildung.

67 **Lokale Gestaltungsspielräume erhöhen - Zentralisierung von** 68 **Entscheidungen überprüfen**

69 Die Akzeptanz von Parlaments-, Regierungs- und Behördenentscheidungen ist in
70 der Regel dann höher, wenn sie möglichst nah am Alltag der Bürger erfolgen.
71 Die Tendenz zu immer größeren Gemeinden, Städten und Kreisen hat zur
72 Entfremdung und fehlenden Identifikation vieler Bürger mit ihrem regionalen
73 Umfeld geführt. Auch dies hat einen negativen Einfluss auf die Rückkopplung
74 politischer Entscheidungen und öffentliche Debatten. Wir wollen wieder mehr
75 Entscheidungen auf die untere kommunale Ebene verlagern. Kommunen sollten

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 3

76 finanziell so ausgestattet werden, dass sie wieder mehr ureigene
77 Gestaltungsspielräume erhalten. In der Diskussion mit den Bürgern kann so
78 besser entschieden werden, wie Prioritäten zur Erhöhung der Lebensqualität vor
79 Ort gesetzt werden.

80 **Null Toleranz für Gesetzesverstöße**

81 Eine lebendige Debattenkultur nach innen bedeutet auch, deutlich zu machen,
82 wo rote Linien verlaufen. Körperliche Attacken, Fremdenhass oder
83 verfassungsfeindliche Verhaltensweisen müssen sofort und konsequent geahndet
84 werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass rechtsfreie Räume
85 entstehen, in denen kriminelles oder verfassungsfeindliches Verhalten toleriert
86 wird. Wir fordern eine klare Präsenz von ausreichend Sicherheitskräften in
87 konfliktreichen Demonstrationssituationen sowie ein konsequentes und schnelles
88 Vorgehen der sächsischen Justiz bei Gesetzesverstößen. Die
89 Versammlungsfreiheit ist ein besonders hohes Gut und muss daher bestmöglich
90 garantiert werden. Dafür sind ausreichend Polizeikräfte vorzusehen.

91 **Für Pressefreiheit und Verantwortungskultur**

92 Die Übergriffe und Beschimpfungen von Medienvertretern auf Demonstrationen in
93 Sachsen sind für uns nicht akzeptabel. Die Pressefreiheit ist eine ganz
94 wesentliche Errungenschaft der friedlichen Revolution. Jegliche Attacken auf
95 Journalisten verurteilen wir aufs Schärfste. Auch der Überwachung von anderen
96 Berufsheimnisträgern stehen wir höchst kritisch gegenüber.

97 Wir appellieren aber auch an die Medien, mit ihrer Arbeit zu einer gemeinsamen
98 Verantwortungskultur in Sachsen beizutragen. Pauschalisierungen und
99 übertriebene Moralisierungen sind für das friedliche und respektvolle
100 Zusammenleben kontraproduktiv. Meinungsvielfalt muss sich auch in der
101 veröffentlichten Meinung widerspiegeln. Andernfalls werden bestehende
102 Echokammern für bestimmte Bevölkerungsgruppen in Sozialen Medien noch
103 stärker - und dies führt genau zum Gegenteil der angestrebten respektvollen
104 Debattenkultur.

105 **Neue Impulse für eine lebendige Demokratie und attraktive politische Kultur** 106 **in Sachsen**

107 Wir wollen zu einer neuen Diskussionskultur, einem fairen politischen Wettstreit
108 um die besten Lösungen beitragen. Dazu schlagen wir folgende Veränderungen
109 vor:

110 - Wir brauchen eine bessere politische und gesellschaftliche Bildung. Dazu sollen
111 in einem ersten Schritt die Mittel des Landeszentrale für politische Bildung
112 verdoppelt werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung sollte ihre
113 Programme in den neuen Bundesländern deutlich ausweiten. Auch die
114 Volkshochschulen sollten stärker zum Ort und Partner für gesellschaftliche
115 Debatten werden.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 4

116 - Wir wollen allgemeinbildende und berufliche Schulen darin bestärken, neben
117 dem staatspolitischen Grundwissen wieder mehr gesellschaftliche Debatten und
118 kontroverse Diskussionen zu führen. Staatsbürger müssen wissen, wie ihr
119 Gemeinwesen funktioniert und wie Konflikte darin ausgetragen und gelöst
120 werden, weil sie dafür Verantwortung übernehmen sollen. Die entsprechenden
121 Lehrpläne und die Ausbildungsinhalte müssen sich daran orientieren.

122 - Politische Kultur auf Augenhöhe erfordert auch, Bürger besser und früher über
123 Entscheidungsprozesse zu informieren und sie darin möglichst einzubinden
124 beziehungsweise zu beteiligen. Wir wollen daher die organisierte
125 Bürgerbeteiligung fördern und ausbauen.

126 - Wir wollen sogenannte „Demokratiesonntage“ ein, die längere Zeit im Voraus
127 bestimmt werden und an denen etwaige Abstimmungen wenn möglich gebündelt
128 werden sollen.

129 - Wir sprechen uns für mehr direkte Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen
130 aus, zum Beispiel durch Bürgerumfragen und Bürgerbefragungen. Auch sollen
131 Änderungen der sächsischen Verfassung per Volksabstimmung final
132 beschlossen werden können.

133 - Wir treten für eine deutliche Senkung der Quoren für die Beantragung von
134 Volksabstimmungen in Sachsen ein. Für Volksanträge sollen die Unterschriften
135 von einem Prozent der Wahlberechtigten (höchstens aber 30.000) ausreichen,
136 auf kommunaler Ebene soll dieses Quorum für Bürgerbegehren bei 5 Prozent
137 liegen. Das Quorum für Volksbegehren soll auf 200.000 Unterschriften festgelegt
138 werden.

139 - Wir wollen transparente Kommunalhaushalte, deren Entwürfe schon vor den
140 ersten Beratungen im Internet einsehbar sind und zu denen
141 Änderungsvorschläge jederzeit bis zur Verabschiedung von Bürgern eingereicht
142 und vom Kommunalparlament beschieden werden sollen.

143 - Zu den Möglichkeiten einer besseren Bürgerbeteiligung gehört auch die
144 Einrichtung von Bürgerbudgets in den Kommunalhaushalten, bei denen ein
145 bestimmter Anteil des Haushalts für Projekte auf Vorschlag aus der Bürgerschaft
146 reserviert und dementsprechend ausgegeben wird.

147 - Die Berechnung der Sitzverteilung bei öffentlichen Wahlen muss fairer gestaltet
148 werden. So soll der Freistaat zukünftig das genauere Zählverfahren nach Saint
149 Lague/Schepers statt nach d´Hondt anwenden.

150 - Das Petitionsrecht wird von vielen Bürgern in Anspruch genommen und muss
151 an geänderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu gehört die
152 Möglichkeit, Massenpetitionen online einzureichen zu können. Zudem soll sich
153 der Landtag mit Massenpetitionen öffentlich in einer Beratung auseinandersetzen
154 müssen, ohne sie in einer Sammeldrucksache ohne Aussprache bescheiden zu
155 können.

49. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 5

156 - Wir plädieren für die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts im Land und auf
157 kommunaler Ebene auf sechzehn Jahre ein.

158

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.